

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- ***Kombilöhne: Die Union wird bescheidener – Seite 4***
- ***Im Juni wird in Tschechien gewählt – Seite 6***
- ***Gedenken an die Deportation von Sinti und Roma: „Es gilt die zweite Schuld zu verhindern!“ – Seite 12***
- ***Streik der Klinikärzte: Position des Marburger Bunds, Bedenken von Verdi – Seite 16***
- ***„Frauen, die nach ihren Lebensvorstellungen leben sollen, müssen bestärkt werden“, Interview mit Evrim Baba – Seite 18***

Ausgabe Nr. 10 am 18. Mai 2006, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIEN VIERZEHNTAGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - **Alfred Küstler**, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

VR China rechnet mit wachsender Unsicherheit

faz, 11.5. maf. Die Volksrepublik China hat im Rahmen des bis 2010 laufenden Fünfjahrplanes begonnen, eine riesige Rohstoffreserve aufzubauen. Es geht dabei nach Auskunft des Ministeriums für Land und Rohstoffe um Uran, Kupfer, Aluminium, Kohle, Wolfram und Mangan und natürlich um Öl. Bei Kohle ist von 100 Milliarden Tonnen die Rede. Das gegenwärtige Welthandelsvolumen, so die FAZ beträgt demgegenüber 500 Millionen Tonnen jährlich. Die Anlage einer derartig gigantischen Reserve ist eine kostspielige Sache, auch für die wachsende chinesische Wirtschaft. Die VR China sieht offenbar globale Sicherheitsrisiken. Da selbst eine ungeheuer große Reserve den Bedarf einer so großen, in die weltweite Arbeitsteilung eingebetteten Volkswirtschaft nicht lange decken kann, geht es politisch darum, für einen begrenzten Zeitraum in einem großen Konflikt militärisch operieren zu können. Diese Option lässt sich die VR China allerhand kosten. Die Befüllung der Tanklagerstätten für Öl hat bereits begonnen. Die politisch-militärisch Wirkung einer solchen Rohstoffreserve entsteht auch, falls sie lediglich mit dem Ziel angelegt wird, starke Schwankungen der internationalen Rohstoffpreise abzufangen und daneben an steigenden Rohstoffpreisen teilzuhaben.

Kirchenklausel im Antidiskriminierungsgesetz

ngo-online.de, 8. und 10. Mai. alk. Das Bundeskabinett hat sich auf einen Entwurf für eine Antidiskriminierungsgesetz geeinigt, eigentlich hätte eine entsprechende EU-Richtlinie schon längst umgesetzt werden müssen. Die Europäische Union verlangt von ihren Mitgliedsstaaten Regelungen zum Schutz vor Benachteiligung wegen Rasse, Geschlecht und ethnischer Herkunft. Die Koalitionsvereinbarung sieht darüber hinaus jedoch auch den Schutz vor Diskriminierungen wegen sexueller Identität, Alter, Behinderung oder Religionszugehörigkeit vor. Die SPD hat durchgesetzt, dass nicht nur Einzelpersonen, sondern auch Gewerkschaften und Betriebsräte klagen dürfen. Während die Presse vor allem das Gemurre aus der Union und der FDP sowie Teilen der Wirtschaft wiedergab, fand eine Ausnahmeregelung, die die Union durchgesetzt hat, keine Erwähnung: Die Kirchen dürfen weiterhin Beschäftigte wegen ihrer Religionszugehörigkeit diskriminieren. Die christlichen Kirchen dürfen also auch in Zukunft Beschäftigte per Arbeitsvertrag verpflichten, z.B. der katholischen (oder evange-

lischen) Kirche angehören zu müssen und bei einem Wechsel mit Entlassung bedroht zu werden. Dazu passt die folgende Meldung: Das Landessozialgericht Rheinland-Pfalz hat geurteilt, dass das Arbeitsamt zu Recht eine Sperrfrist für den Bezug von Arbeitslosengeld gegen eine Frau verhängt hat. Sie war bei einem kirchlichen Träger beschäftigt gewesen und nach ihrem Kirchenaustritt gekündigt worden. Damit, so das Gericht, habe sie vorsätzlich gegen den Arbeitsvertrag verstößen und ihre Arbeitslosigkeit selbst herbeigeführt. Das Recht auf Religionsfreiheit trete dahinter zurück.

Schutzregeln gegen Hedge-Fonds

Handelsblatt, 3.5. und 11.5. rüL. Die Bundesregierung plant eine Verschärfung der Finanzaufsicht und neue Meldevorschriften, um Unternehmen gegen Hedge-Fonds zu schützen. So sollen Investoren künftig bereits Beteiligungen ab 3 Prozent aufwärts melden müssen. Bisher gilt diese Meldepflicht erst bei Beteiligungen ab 5 Prozent. „Mit diesem Schritt, der gemeinsam mit der EU-Transparenzregel ab 20. Januar nächsten Jahres in Kraft treten soll, trägt Berlin den Sorgen vieler Firmenchefs Rechnung, die nach den Vorfällen bei der Deutschen Börse unruhig wurden“, kommentiert das „Handelsblatt“ die neue Regel. Im Fall der Deutschen Börse, die durch mehrere Hedge-Fonds angegriffen wurde und in der Folge ihren Versuch der Übernahme der Londoner Börse aufgeben musste und ihren Vorsitzenden und Aufsichtsratschef verlor, prüfte das Bundesaufsichtsamt für Finanzdienstleistungen längere Zeit vergeblich, ob die Fonds damals abgestimmt handelten. In dem Fall hätten sie ein offizielles Übernahmeangebot einreichen müssen. Auch die Kontrollmöglichkeiten durch das BaFin sollen nun künftig verschärft werden, berichtet das Blatt. Ergänzend bemühen sich die Konzerne um höhere Teilnehmerquoten an ihren Aktionärsversammlungen. „Denn dies verhindert, dass einzelne Großaktionäre – wie etwa Hedge Fonds – mit relativ geringem Anteilsbesitz Hauptversammlungen dominieren und Pläne der Unternehmensführung kippen können“, so die Zeitung.

DGB mit großer Mehrheit für Mindestlohn von 7,50 Euro

www.dgb.de, Mai 2006. alk. Bis auf die IG BCE haben alle anderen sieben Einzelgewerkschaften im DGB-Bundesvorstand einem Mindestlohn von 7,50 Euro als „gesetzliche Auffanglinie nach unten“ zugestimmt. Dabei sollen „vorrangig Tarifverträge“ die Lohnhöhe bestimmen, außerdem soll das Arbeitneh-

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

mer-Entsendegesetz, das bislang nur für den Bau gilt auf weitere Branchen ausgedehnt werden. Auch sollen möglichst viele Allgemeinverbindlichkeitserklärungen angestrebt werden, um damit Tarifentgelte für bestimmte Branchen verbindlich zu machen. Weiter heißt es dann beim DGB: „Aber auch das wird vielfach nicht ausreichen, um allen Beschäftigten einen Lohn von mindestens 7,50 Euro zu garantieren. Deshalb brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn, der nicht unterschritten werden darf. Zur Festlegung und Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns sollte im Einvernehmen mit den Tarifparteien eine unabhängige Kommission eingesetzt werden. Diese soll regelmäßig über die Einkommensentwicklung im Niedriglohnbereich berichten und Vorschläge zur Höhe des Mindestlohns unterbreiten. Die Entscheidung trifft die Bundesregierung.“

Gesetzliche Rente macht zwei Drittel der Senioreneinkommen aus

heute im Bundestag, 8.5. alk. 66 Prozent aller Einkünfte der über 65-Jährigen in Deutschland sind im Jahr 2003 von der gesetzlichen Rentenversicherung gekommen. Dies geht aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes hervor, aus der die Bundesregierung in ihrer Antwort (16/1351) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (16/1183) zitiert.

21 Prozent der Einkünfte dieser Altersgruppe stammten danach von anderen Alterssicherungssystemen, sieben Prozent seien Zins- und Mieteinnahmen sowie Lebensversicherungen und vier Prozent resultierten aus eigener Erwerbstätigkeit. Wohngeld, Sozialhilfe oder Grundsicherung machten schließlich ein Prozent der Senioreneinkünfte aus.

Während die Einnahmen aus der gesetzlichen Rentenversicherung bei den ostdeutschen Ehepaaren 89 Prozent, bei den allein stehenden ostdeutschen Männern 87 Prozent und bei den allein stehenden ostdeutschen Frauen 95 Prozent betrügen, lägen diese Anteile in den alten Bundesländern deutlich niedriger.

Westdeutsche Ehepaare bezogen lediglich 57 Prozent ihrer Einkünfte aus der Rentenversicherung, allein stehende Männer 60 und allein stehende Frauen 68 Prozent. Die übrigen Sicherungssysteme spielten in Westdeutschland eine größere Rolle als im Osten.

Während ihr Anteil bei westdeutschen Ehepaaren und allein stehenden Männern jeweils 26 Prozent und bei allein stehenden Frauen 22 Prozent betrage, seien es bei ostdeutschen Ehepaaren und allein stehenden Frauen jeweils lediglich zwei Prozent und bei alleinstehenden Männern fünf Prozent.

Der Anteil der Zins-, Miet- und Lebensversicherungseinnahmen beträgt

im Westen bei Ehepaaren und allein stehenden Männern neun und bei allein stehenden Frauen sechs Prozent, im Osten bei Ehepaaren drei, bei allein stehenden Männern sechs und bei allein stehenden Frauen zwei Prozent.

Die eigene Erwerbstätigkeit mache im Westen bei Ehepaaren sieben Prozent der Einkünfte, bei allein stehenden Männern drei und bei allein stehenden Frauen ein Prozent aus. Im Osten belaute sich ihr Anteil bei Ehepaaren auf fünf und bei allein stehenden Männern auf ein Prozent, während sie bei allein stehenden Frauen gar keine Rolle spielt.

Umgekehrt spielten Wohngeld, Sozialhilfe oder Grundsicherung bei Ehepaaren im Westen keine Rolle; bei allein stehenden Männern und Frauen betrage ihr Anteil in Ost und West jeweils ein Prozent.

Wie es weiter heißt, hätten 2002 etwa 15,1 Millionen Haushalte selbst genutztes Wohneigentum, davon rund 12,9 Millionen in den alten und rund 2,3 Millionen in den neuen Ländern. Für den Zeitraum von 1993 bis 2002 meldet die Regierung einen Anstieg der Eigentumsquote in Deutschland von 38,7 auf 42,2 Prozent.

Bei den Haushalten mit einem „Haushaltvorstand“ von 60 Jahren oder älter habe der Anteil mit selbst genutztem Wohneigentum 50,1 Prozent betragen, davon 54,2 Prozent im alten Bundesgebiet und 32,4 Prozent in den neuen Ländern.

Haushalte mit einem Haupteinkommensbezieher im Alter von 65 Jahren und älter, die zur Miete wohnten, zahlen den Angaben zufolge im Schnitt eine Bruttokaltmiete von 345 Euro, was etwa knapp 25 Prozent ihres Einkommens entspreche.

Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 900 Euro zahlten 33,4 Prozent ihres Einkommens für die Miete. Der Mietanteil sinke auf 14,1 Prozent bei einem monatlichen Nettoeinkommen von 2.900 Euro und mehr.

Wie aus der Antwort weiter hervorgeht, hat sich das in Kapitallebens- und Rentenversicherungsverträgen ange-sammelte Vermögen von 311,17 Milliarden Euro im Jahre 1994 auf 599 Milliarden Euro 2004 erhöht.

Die FDP wird's freuen. Banken und Versicherungsunternehmen sehen Wachstumsmärkte für private Vorsorge. Und wenn faktisch die Bedeutung der gesetzlichen Rente abnimmt, könnten die Pläne einer aufs Minimum reduzierten Grundrente verwirklicht werden.

Aufgeblähter Luxus

faz. 16.5. maf. Auf Schloss Herrenchiemsee kann man einen Königsmantel bewundern, unter dessen luxuriöser Schleife Ludwig II. hätte zusammenbrechen müssen. Dieser König wurde von den bürgerlichen Zeitgenossen für wahnsinnig gehalten. Der neue Porsche



Turbo kostet in der Grundausstattung 133.603 Euro. Der Preis ist laut Auskunft der Firma kein Problem. Der Auftragseingang sei überwältigend. Das Gerät beschleunigt von 0 auf 100 km/h in 3,7 Sekunden, für 200 km/h werden 12,7 Sekunden benötigt. Die Spitzengeschwindigkeit liegt bei 310 km/h. Mehr als die Hymnen auf die technische Perfektion verrät der Umstand, dass der Testberichterstatter der FAZ das Fahrzeug nur als Beifahrer erlebt hatte. Selbst dieser zweifellos in vielen Autos wohl befahrene Mann traute sich den Job nicht zu. Das Fahrzeug wurde ihm vom Walter Röhrl, einen hochdekorierten Rallyefahrer vorgeführt, der dabei launig angemerkt haben soll, die einzige Schwierigkeit sei „die Straße zu treffen“. Wozu dient ein Sportwagen, den ein gewerbsmäßiger Autotester nicht mehr selbst ausfahren kann? Wenn ein Reicher sich einen solchen Sportwagen kauft, braucht er zum vollen Fahrerlebnis einen Chauffeur. Er kann im Grunde nur daneben sitzen und einen fahren lassen.

Zusammenstellung: alk

Die Union wird bescheiden

Am 9. Mai haben die Generalsekretäre von CDU und CSU, Ronald Pofalla und Markus Söder, Eckpunkte eines gemeinsamen „Kombilohn-Modell“ vorgestellt, über das die beiden Unionsparteien nun mit der SPD und der Öffentlichkeit diskutieren wollen und das im Herbst in das von SPD-Arbeitsminister Müntefering angekündigte Reformkonzept für den Arbeitsmarkt (nach bisherigen Ankündigungen eine Kombination „Kombilohn plus Mindestlohn“) einfließen soll.

Das Modell von Söder und Pofalla sieht eine Förderung nur für Vollzeitstellen vor. Gefördert werden sollen nicht die Arbeitslosen, sondern die Unternehmen. Diese sollen einen befristeten Lohnkostenzuschuss in Höhe von 40 Prozent erhalten, wenn sie Langzeitarbeitslose über 50 Jahre einstellen oder Jugendliche, die längere Zeit weder einen Ausbildungs- noch einen Ar-



beitsplatz gefunden haben. Gefördert werden dabei nur Beschäftigungen, bei denen Jugendliche unter 1.300 Euro verdienen. Für Ältere, die mindestens 12 Monate und maximal 48 Monate arbeitslos waren, soll die Obergrenze der Entlohnung der geförderten Jobs bei 1.600 Euro brutto im Monat liegen. CDU und CSU beziffern die Kosten ihres Modells auf 500 Mio. bis 1,25 Milliarden Euro. Bis Juni soll das genaue Modell vorliegen.

Die Förderungsangebote der beiden Parteien zielen damit auf einen weiteren Ausbau der Niedriglohnzone. Auch Leiharbeit soll unter die Förderung fallen.

Gegenüber ihren ersten vollmundigen Ankündigungen sind die Unionsparteien damit bereits extrem bescheiden geworden. Nur 200.000 „neue Jobs“ soll die neue Förderung nun erbringen, ver-

kündeten die beiden Generalsekretäre. Noch Anfang Januar hatte der sächsische Ministerpräsident Milbradt (CDU) angekündigt, mit „Kombilöhnen“ ließe sich die Arbeitslosigkeit halbieren (Die Welt, 4.1.06). Der frühere CDU-Generalsekretär und heutige arbeitsmarktpolitische Sprecher seiner Partei, Laurenz Meyer, hatte bis zu einer Million neue Jobs versprochen (Berliner Zeitung, 2.1.06). Jetzt ist die Union schon auf ein Fünftel bis Zehntel dieser Zahlen herunter.

Auf einer Fachtagung der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft und Arbeit am 11. Mai zu Kombilöhnen und Mindestlohn fragte deshalb ein Journalist des liberalen „Tagesspiegels“ bereits spöttisch, ob diese Ankündigung nicht in Wirklichkeit das Ende aller Kombilohn-Pläne der Union sei? Das wohl kaum, aber die Zweifel sind berechtigt. Zumal, wie die DGB-Vorsitzende Engelen-Kefer in einem Brief an die beiden Generalsekretäre deutlich machte, das von diesen vorgelegte Modell hinter ohnehin vorhandene Förderprogramme deutlich zurück fällt. „Das seit langem bestehende Instrument der

Lohnkostenzuschüsse sieht zum Beispiel einen Zuschuss von in der Regel 50 Prozent bis zu 12 Monate vor, für Ältere sogar bis zu 36 Monate und für Schwerbehinderte bis zu 70 Prozent für maximal 60 Monate“, heißt es in ihrem Schreiben an Pofalla und Söder. (Berliner Zeitung, 11.5.06).

Im Jahr 2004 hat die Agentur für Arbeit (nachzulesen in ihrem Jahresbericht 2004 unter www.arbeitsagentur.de) bundesweit 160.000 solcher Eingliederungszuschüsse gezahlt, im Jahr 2003 etwa 185.000. Was also bedeutet die Ankündigung der Union nun reell? Im Ergebnis vielleicht den Versuch, solche Zuschüsse künftig nur noch für über 50-jährige und unter 25-jährige Langzeitarbeitslose zu zahlen und für andere zu sperren? Eine alleinerziehende Mutter, über 25 Jahre alt, hätte dann keinen Anspruch mehr auf Förderung. Was soll das?

Auch die Arbeitgeberverbände lehnen die Pläne der Unionsparteien rundweg ab. Breit angelegte Subventionen an Arbeitgeber zur Beschäftigung junger und älterer Arbeitsloser seien teuer, läuden zu Mitnahmeeffekten ein und seien überdies arbeitsmarktpolitisch ineffizient, zitierte die „Berliner Zeitung“ Arbeitgeberpräsident Hundt. Die Union füge

„der ohnehin schon zu großen Fülle arbeitsmarktpolitischer Einzelinstrumente eine weitere schlechte Variante hinzu“. Auch der wissenschaftliche Beirat im Bundeswirtschaftsministerium von Glos (CSU) warnte vor einer neuen Arbeitgeberförderung. Der Wirtschaftsweise Prof. Bofinger schließlich nannte die Unions-Vorschläge schlicht eine „Gespensterdebatte, in der die Realität nicht wahrgenommen wird“. Bei diesen ersten Reaktionen darf man gespannt sein, was im Herbst von den Vorschlägen von CDU und CSU noch übrig ist.

Quellen: www.cdu.de, 9.5.06; Handelsblatt, 10.5.06; Berliner Zeitung, 11.5.06, Jahresbericht 2004 der Agentur für Arbeit, hrsg. im August 2005

Berlin

Streit um Moscheebau. CDU bekommt Ärger wegen ihrem rechten Rand

Weil die knapp 200 Mitglieder der muslimischen Ahmadiyya-Gemeinschaft im Ortsteil Heinersdorf in Berlin-Pankow bis 2007 auf einem 4.000 Quadratmeter großen Grundstück eine zweistöckige Moschee mit einem zwölf Meter hohen Minarett errichten wollen, tobt in dem Ortsteil seit mehreren Wochen ein inzwischen bundesweit bekannt gewordener Konflikt.

Die Ahmadiyya-Gemeinschaft ist unter Muslimen eine Randgruppe, stammt ursprünglich aus Pakistan und soll bundesweit etwa 30.000 Mitglieder haben. Ihre Zentrale hat sie in Frankfurt/Main, dort, in Darmstadt und in Rheinland-Pfalz stehen auch schon drei Gebetshäuser, und alle örtlichen Politiker aus den entsprechenden Orten bestätigen, es gebe keinerlei Probleme. Im Gegenteil: Die Gemeinschaft gilt bei allen, die mit ihr zu tun hatten, als außerordentlich integrationswillig und friedlich. Alle Ämter für Verfassungsschutz bestätigen das.

In Heinersdorf aber eskalierte Ende März der Konflikt. Auf einer Bürgerversammlung, ursprünglich einberufen, um aufgeregten Bewohnern den vom CDU-Baustadtrat schon genehmigten Bau zu erklären und Vorurteile auszuräumen, versammelten sich 500 bis 700 aufgeregte Anwohner, um den Bau zu stoppen. In der Halle befanden sich etwa 20 Personen aus dem Parteien- und Kameradschaftsspektrum (von Neonazis), unter ihnen der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Pankow und Mitglieder der Pankower „Kameradschaft Vereinte Nationalisten Nordost“ (VNNO), Jörg Hähnel, Andreas Thürmann vom „Mär-



Die Bürgerversammlung wird unter Anwesenheit von Neonazis aufgeputscht, Wortführer sind Kleingewerbetreibende und Hausbesitzer



aus dem Viertel. An der NPD-Demonstration gegen die Moschee beteiligen sie sich nicht, allerdings ein CDU-Funktionär.

kischen Heimatschutz“ sowie einzelne Mitglieder der rechten Rocker-Gruppierung „Vandalen“, berichtet der Mai-Rundbrief des Berliner Antifa-Zentrums „apabiz e.V.“. Aber Wortführer der aufgebrachten Heinersdorfer waren eher Kleingewerbetreibende und Hausbesitzer aus dem Gebiet, die sich inzwischen als eine „Interessengemeinschaft Heinersdorfer Bürger (IPAHB)“ gebildet haben, 50 Mitglieder haben, um ihre Ruhe fürchten und aus ihrer islamfeindlichen Aufgeregtheit keinen Hehl machen. Am Ende musste die Polizei die Versammlung auflösen und den Vertreter der Ahmadiyya-Gemeinschaft sowie Vertreter des Bezirks schützend aus dem Saal begleiten.

Wenige Tage später, am 1. April, veranstalteten die NPD und andere Neonazis eine Demonstration durch Heinersdorf, in der sie zum Stop des Moscheebaus aufriefen und vor „Kreuzberger oder Neuköllner Verhältnissen“ in Heinersdorf und Pankow warnten. Außer bekannten Neonazis nahmen daran aber kaum Heinersdorfer Anwohner teil. Die „Interessengemeinschaft“ der Moscheegegner wehrt sich seitdem ständig gegen „Diffamierungen“, sie gehöre nicht zum rechten Rand, erklärt sie.

Trübe Rolle von CDU und evangelischer Kirche

Die „Interessengemeinschaft“ der Moscheegegner hat inzwischen ein „Bürgerbegehren“ beantragt und will bereits 3.000 Unterschriften gegen den Bau der Moschee gesammelt haben. Die CDU unterstützt sie dabei. Der Antrag auf Einleitung des Bürgerbegehrens wird aber abgelehnt werden. Die Senatsverwaltung für Inneres hat bereits erklärt, das Begehren verletze die im Grundgesetz geschützte Religionsfreiheit und werde deshalb nicht zugelassen.

Eine trübe Rolle in diesem Konflikt spielt neben der NPD auch die CDU und einige Vertreter der evangelischen Kirche. So hat sich der Berliner CDU-Spit-

zenkandidat zu den Abgeordnetenhauswahlen im September, Friedbert Pflüger, nach Bekanntwerden des Konflikts eilig an die Seite der Moscheegegner gestellt. Auf einer Versammlung der Moscheegegner unterstützte er deren Forderung. Zur Bekräftigung hatte er gleich noch eine Stellungnahme des „Sektenbeauftragten der evangelischen Kirche in Berlin“, Thomas Gadow, mitgebracht. In seiner Stellungnahme behauptet dieser Herr Gadow ohne irgendeinen Beleg, die Gemeinde errichte ihre Moscheen, „um zu provozieren und ihre aggressive Missionierung voranzutreiben“. Mehrere evangelische Pfarrer kritisierten diese Stellungnahme inzwischen und stellen sich zum Teil offen auf die Seite der Moscheebauer.

Auf einer Sondersitzung der Bezirksverordnetenversammlung in Pankow Anfang Mai traten erneut die Gegner des Moscheevorhabens auf, darunter auch ein Neonazi mit T-Shirt „Freiheit für nationale Sozialisten“, der von der Polizei nach Feststellung der Personalien aus dem Saal geführt wurde. SPD, Linkspartei, PDS und Grüne kritisierten in der Sitzung die Christdemokraten als „verlogen und heuchlerisch“. Die Union wolle „populistisch Stimmen am rechten Rand der Gesellschaft gewinnen“, das sei „Demagogie und schädigt massiv die Entwicklungsperspektiven für Heinersdorf“, sagte Michael van der Meer, Fraktionschef der Linkspartei. Der Bezirk will nun einen Bürgerbrief mit Infos über den Bau der Moschee und die Gemeinde an alle Heinersdorfer verschicken und so zu einer Versachlichung beitragen. CDU-Baustadtat Federlein erhielt in der BVV-Sitzung sogar einstimmig das Vertrauen für seine Amtsführung ausgesprochen.

Die CDU bekommt Probleme

Die CDU dagegen bekommt Probleme. Denn inzwischen wurde bekannt, dass an der NPD-Demo am 1. April auch der Pankower Christdemokrat Bernhard Lasinski teilgenommen hat. Der CDU-

Mann ist Bürgerdeputierter im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr und Schatzmeister im CDU-Ortsverband Pankow-Nord. Als seine Teilnahme an der NPD-Demo anhand von Fotos aufflog, blieb der CDU nichts anderes übrig, als ein Parteidrucksverfahren gegen ihn einzuleiten. Am 4. Mai trat Lasinski darauf aus der CDU aus.

Einen Tag vorher war im Abgeordnetenhaus zudem bereits ein CSU-Vertreter mit extremistischer und ausländerfeindlicher Hetze aufgefallen. Der Historiker Ralf Glagow von der Hanns-Seidel-Stiftung warnte vor einem sich ausbreitenden „Eurabia“, geißelte einen angeblich seit 40 Jahren anhaltenden „Werteverfall“, verursacht durch Multikulti, Linksintellektuelle, progressive Kirchenleute und Professoren, die sich „verhängnisvoll austoben“ könnten. Deutschtum, Heimat und Vaterland würden abgewertet usw. Selbst CDU-Leute stuften den Vortrag nachher als „starken Tobak“ ein. In der Presse wurde ebenfalls kritisch darüber berichtet.

Das alles schickt die CDU in den Umfragen weiter in den Keller. In der letzten Umfrage der Springer-Zeitung „Berliner Morgenpost“, veröffentlicht am 7. Mai, kommt die CDU jetzt nur noch auf 23% Zustimmung. Das ist der schlechteste Wert seit fast einem Jahr und drei Prozent weniger als bei der letzten Umfrage am 2. April, vor Bekanntwerden des Konflikts in Heinersdorf.

„In der Union sieht man die Entwicklung in Pankow mit zunehmender Sorge“, zitiert die „Berliner Zeitung“ am 5. Mai nicht näher genannte CDU-Politiker. Statt das liberale Bürgertum anzusprechen, bekomme die Union nun Probleme mit ihrem rechten Rand. Pflüger sei falsch beraten worden, als er sich gegen den Moschee-Bau aussprach. „Nun sieht man, wohin das führt“, wird der ungenannte CDU-Mann zitiert. rül

Quellen: Handelsblatt, 20.4.06; Tagesspiegel, 23.4.06, Berliner Zeitung, 22.4. und 4.5. bis 7.5.06, apabiz-Monitor, Mai 2006

Im Juni wird in Tschechien gewählt

Von Klaus Kukuk in DTN Nr. 71, März 2006

Am 2. und 3. Juni werden in der Tschechischen Republik Parlamentswahlen, Kommunalwahlen und Nachwahlen für den Senat (2. Kammer des Parlaments) stattfinden. Außerdem werden die Vertreter für die Hauptstadt Prag gewählt. Die Wahlarithmetik lässt schon jetzt keinen Zweifel: Ohne die tschechischen Kommunisten oder gar gegen sie geht trotz zunehmender antikommunistischer Hysterie auch in diesem Wahljahr nichts. Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KPBM) hat in der ganzen Legislaturperiode eine konstruktive Oppositionspolitik betrieben, die sich an den Interessen ihrer Wählerklientel und an ihrem Programm orientierte und Verlässlichkeit bewies. Die tschechischen Kommunisten verfolgen in ihrem komplex angelegten Wahlprogramm mit der Orientierung auf die Schaffung einer sozial gerechten und demokratischen Gesellschaft die Strategie, im wesentlichen keine neuen Forderungen aufzustellen, die sie dem Verdacht populistischer Versprechen aus-

setzen könnten, sondern sie legt in grundlegenden Bereichen des gesellschaftlichen Lebens den Finger auf jene Grundprämissen, die in der tschechischen Verfassung und dem geltenden Gesetzeswerk festgeschrieben und damit eigentlich Regierungsauftrag, aber von einer Verwirklichung zum Teil weit entfernt sind.

Das Programm ist in vier Themenkomplexe gegliedert:

- Die sozialen Prioritäten sind realisierbar
- Für eine demokratische Gesellschaft mit guten Umweltbedingungen
- Die Gesundung der Wirtschaft ist eine Chance für alle Bürger
- Offenheit, Gleichheit, Zusammenarbeit, Sicherheit

Trotz der anhaltenden, sich im Wahlkampf noch verschärfenden antikommunistischen Kampagne, die besonders seitens der ODS betrieben wird, behält die KPBM in den Umfragen einen stabilen dritten Platz, wenngleich sie gegenüber den letzten Wahlen 4% verloren hat. Das sollte aber nicht überschätzt werden, denn Umfragewerte und Mobilisierung des Wählerpotentials sind zwei verschiedene Schuhe.

CSSD: Orange = selbstbewusst

Die Tschechische Sozialdemokratische Partei (ČSSD) hat ihre Wahlkampagne in diesem Jahr der bereits 2005 von Stanislav Gross beauftragten amerikanischen Agentur Penn, Schoen und Baryland (PSB) anvertraut, die auch den Wahlkampf für Clinton, Blair und Kostunica gemanagt hat. Am 28.1.2006 hat auch die ČSSD im doppelten Wortsinn Farbe bekannt. Ihr Spitzenkandidat Paroubek hat „mit Entschiedenheit“(!) eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten auf Regierungsebene abgelehnt. Er hat sich zugleich von dem bisherigen Koalitionspartner KDU-ČSL „scharf abgegrenzt“ und ihm unproduktiven Antikommunismus vorgeworfen. Die bürgerlichen Demokraten sind laut Paroubek „Leute, die dem Land schaden und unfähig sind, den Staat zu leiten“. Paroubek hält es derzeitig deshalb für das Wahrscheinlichste, dass seine Partei – sofern sie die Wahl gewinnt – eine Minderheitsregierung mit zwei Dritteln sozialdemokratischer Minister und einem Drittel parteiloser Fachleute bilden wird. Die Wahlfarbe der Sozialdemokraten ist Orange – wie originell! Sie strahlt laut Paroubek Selbstbewusstsein aus.

Die Regierungspartei ČSSD stützte sich bislang in ihrer Argumentation noch auf die Regierungserklärung von Paroubek vom September 2005. Sie war sich wohl bewusst: Mit ihrem „Offenen langfristigen Programm“, das die sog. sozialdemokratischen Grundwerte, allgemeine Ziele, strategische Hauptrichtungen und Positionen auf politischen

Die Hauptpunkte des Wahlprogramms der ČSSD:

- Der Durchschnittslohn soll 2010 mindestens 26.500 Kč betragen (2005: 18.800 Kč).
- Der Reallohn soll bis 2010 um mindestens 20% steigen.
- Mindestens 150.000 neue Arbeitsplätze sollen geschaffen werden.
- Die Arbeitslosigkeit soll von 8,9% auf 6% sinken.
- Das BIP soll jährlich um durchschnittlich 5% wachsen.
- Bis 2010 wird der Elternbeitrag (derzeitig 3.635,00 Kč) 10.000 Kč überschreiten.
- Die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung sollen auf 3% des BIP ansteigen, davon würden ein Drittel aus dem Haushalt und zwei Drittel aus der Privatwirtschaft abgedeckt (z.Zt. 1,28% des BIP).
- Die Zahl der Hochschulstudenten soll von derzeitig 270.000 auf 350.000 steigen.
- Der Anteil der Gymnasiasten soll bis 2010 von ca. 20% auf 35% steigen.
- Mehr als 5% des Energieaufkom-

mens sollen aus erneuerbaren Ressourcen gedeckt werden.

- Die Durchschnittsrente soll von derzeitig 8.100 Kč um fast 25% ansteigen.
- Die Ausgaben der Bevölkerung für das Wohnen einschließlich Dienstleistungen sollen 30% ihrer Nettoeinkommen (2005: 17,2%) nicht überschreiten.
- Der Steuerfreibetrag pro Kind wird von 6.000 auf 10.000 Kč erhöht.
- Der maximale Steuerbonus für Familien mit Niedrigeinkommen und Kindern wird von 30.000 auf 50.000 Kč erhöht.
- Der Steuernachlass für Einzelpersonen wird von 7.200 auf 9.000 Kč erhöht.
- Der Einkommenssteuersatz für juristische Personen wird bis auf 20% abgesenkt bei gleichzeitiger Vereinfachung und Erweiterung der Steuerbasis (z.Zt. 24%).
- In die Verkehrsinfrastruktur werden bis zu 100 Mrd. Kč investiert.
- 300 km neue Autobahnen und Schnellstraßen sollen fertiggestellt werden.
- Für Umweltschutz werden 100 Mrd. Kč bereit gestellt (inklusive EU-Fördermittel).
- Die Förderung von Jugend und Sport wird um 30% erhöht.
- Die Ausgaben für Kultur werden auf 1% des Haushalts erhöht (2005: 0,49%).
- Gerichtsverfahren werden um 30% verkürzt.
- Die Zahl der Polizisten in den Grundeinheiten wird um 4.000 erhöht.
- EU-Gelder für mehr als 700 Projekte in Städten und Gemeinden werden ausgeschöpft.
- Aus dem EU-Fonds kommen 120 Mrd Kč jährlich für Tschechien.
- 2010 erfolgt der Beitritt zur Währungsunion.
- Der Präsident soll künftig direkt gewählt werden.
- Die Verfassung wird geändert: Möglichkeit von Referenden.
- Ein neues Gesetz über die Denkmalspflege wird verabschiedet.
- Ausgestaltung einer modernen Kirchenlegislative.

Hauptfeldern sehr allgemein dekliniert, würde sie bei der Wählerschaft kaum punkten können. Sie würde also in naher Zukunft ein lesbare Wahlprogramm präsentieren müssen. Das ist nun fertig und wurde Ende Januar auf einer Programmkonferenz offiziell präsentiert. Von den 30 Programm punkten (siehe Kasten) kosten mindestens 25 richtig Geld. Aber kein Wort von Gegenfinanzierung. Man darf auf das Regierungsprogramm oder den Koalitionsvertrag gespannt sein, falls die Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung gelangen.

Auf Partnersuche

Die ČSSD ist intensiv damit beschäftigt, intern die Strategie der Bürgerlichen Demokraten (ODS) zu analysieren. In diesem Zusammenhang stellt sich für sie die Frage des Bündnispartners. Mit der ODS tut sie noch so, als wolle sie nicht, mit der christlich-demokratischen KDU-ČSL kann sie rein rechnerisch nicht, mit der KPBM möchte sie nicht, wird aber wohl oder übel eine Option mit ihr offen lassen müssen, als Tolerierungs- oder Bündnispartner. Und so wird versucht, den Kommunisten weitgehend nach den Vorgaben der amerikanischen Agentur und in den Intentionen der Europaratsresolution Bedingungen zu stellen:

– Entschuldigung für die „Verbrechen des Kommunismus“ (das hat die KPBM schon getan, braucht sie also nicht mehr in ein Koalitions papier zu schreiben).
– Distanzierung von der früheren KPTsch (die KPBM verweist darauf,

dass sie ihr eigenes Programm und ihr eigenes Statut hat).

– Bekenntnis zur Entwicklung nach dem November 1989, die sie als ihre eigene Befreiung betrachten soll (eindeutige Ablehnung bei der KPBM: sie könne sich nicht zum Kapitalismus bekennen, der Sozialismus habe nur zeitweilig verloren).

– Die KPBM möge sich als Verteidiger des Rechts auf Privateigentum (gemeint ist an Produktionsmitteln) erklären (auch das ist von der KPBM nicht zu haben, sie tritt für die Existenz aller Eigentumsformen ein und präferiert gesellschaftliche Eigentumsformen).

Die KPBM verwahrt sich dagegen, dass ihr für eine eventuelle Zusammenarbeit Bedingungen gestellt werden, die an die Substanz ihres Programms gehen.

Die Bürgerdemokraten: Blaue Chance – oder nicht?

Die stärkste Oppositionspartei ODS scheint noch unentschlossen zu sein, ob sie ihre Konzepte beibehält, aktualisiert oder beiseite lässt, obwohl darin ausführlich alle wesentlichen Politikfelder für eine nur wenig gebremste neoliberale Politik enthalten sind. Offensichtlich wartet sie auf das konkrete Wahlprogramm ihrer Konkurrenten.

Die bürgerliche Oppositionspartei verfügt mit den auf den wichtigsten Politikfeldern ausgearbeiteten Konzepten für neoliberale Politik, die seit 2002 als „Blaue Chance“ firmieren, zwar über ein solides Wahlprogramm, scheint sich aber überhaupt nicht im Klaren zu sein,

ob ihr das so viele Wähler abnehmen, dass es für ein Regierungsmandat reicht. Deshalb hält sich die Parteispitze seit geraumer Zeit bedeckt, womit die Partei in den Wahlkampf ziehen will. Neu entdeckt hat sie für sich die Sozialpolitik (Steuersenkung = geringere gleiche Steuersätze für alle (!), Rentenreform, Wohnungsmieten u.ä.).

Es bleibt abzuwarten, ob und wann die graue Eminenz der ODS, der unparteiisch sein sollende Präsident Václav Klaus, als ODS-Ehrenvorsitzender mit Glacéhandschuhen die strategischen Weichenstellungen programmiert.

Immerhin hat sich Klaus im Januar weit aus dem Fenster gelehnt, indem er vollmundig tönte, eine von der KPBM tolerierte Minderheitsregierung der ČSSD werde bei ihm nicht durchgehen. Und kürzlich hat er noch nachgelegt, indem er in der Wirtschaftszeitung Hospodářské noviny dazu aufrief, niemanden zu wählen, der die Idee des Sozialstaates unterstützt, denn der Sozialdemokratismus sei für Europa der Verderb. (Natürlich weiß ein Mann wie Klaus, dass er damit seine Kompetenzen überschreitet, aber probieren kann man es ja mal. Immerhin hat es schon einmal funktioniert: Paroubeks Vorgänger Gross ist 2004 auf die Forderung von Klaus eingegangen und hat ihm 101 Unterschriften von Abgeordneten zum Beweis vorgelegt, dass er über eine parlamentarische Mehrheit verfügt.)

Aus dem Präsidenten aller Tschechen, der für seine Wahl um die Stimmen der Kommunisten werben musste, ist wieder der Präsident aller Konservativen

Fünf Wochen vor der Wahl: Brutaler Überfall auf KP-Vize in Prager Metro

Auf den Stellvertretenden Vorsitzenden der KP Böhmens und Mährens (KSČM) und Abgeordneten zum Tschechischen Parlament, Jirí Dolejš, ist in der Nacht vom 25. auf den 26. April in Prag ein Anschlag verübt worden. Der brutale Überfall wird mit der seit längerer Zeit in Tschechien und auf europäischer Ebene laufenden antikommunistischen Kampagne in Verbindung gebracht. Vertreter aller tschechischen Parteien verurteilten den Anschlag. Ministerpräsident Jirí Paroubek machte indirekt die (konservative) Partei ODS und einige Medien für den Vorfall mitverantwortlich, weil sie zum Hass gegen Kommunisten und die gesamte Linke aufgestachelten. „Ich würde das als einen bürgerlichen Kalten Krieg bezeichnen, den die ODS und deren Satellitenorganisationen losgetreten haben“, sagte Paroubek. Und die Arbeit einiger Journalisten müsse man als „verbale Pyrotechnik“ bezeichnen. ODS-Parteichef Mirek Topolánek konterte, Paroubek müsse das „gesunde Urteilsvermögen“ verloren haben.

Jirí Dolejš fürchtet vor allem, die Verletzung seines rechten Auges könnte bleibende Folgen haben. Den Überfall schildert er folgendermaßen:

„Ich blieb länger im Abgeordnetenhaus, deshalb stieg ich gegen Mitternacht aus der Straßenbahn in der Nähe des Hradčin-Platzes aus und ging zur U-Bahn-Station in Richtung Bubeneč-Straße. Ich sah eine Gruppe Personen, die mich zu verfolgen begann. Während ich durch diese Gruppe ging (es gab keine andere Möglichkeit), hörte ich jemanden sagen: „Guck mal, das ist der abscheuliche Kommunist“, und weiter hörte ich sie sagen, ich sei eine „komunistische Sau“. Solche Aggression ist nicht üblich, trotzdem erlebe ich sie gelegentlich. Und ich weiß, es ist am besten, nicht darauf einzugehen. Nach ungefähr 200 m hörte ich hinter mir Schritte. Bevor ich mich umdrehen konnte, bekam ich den ersten Schlag ins Gesicht – ins rechte Auge – und ich wurde dabei zu Boden geworfen. Man trat minutenlang auf mich ein und schlug mich. Während des Angriffs sprach niemand, ich hörte nur den Atem. Ich schätzte, sie waren drei. Da die Straße leer war, musste es sich meiner Meinung nach um die

gleichen Menschen handeln, die ich in der Unterführung getroffen hatte. Es war kein Raubüberfall, mir wurde weder meine Aktentasche noch mein Portemonnaie entwendet – man hat mir also nichts geklaut, ich wurde nur attackiert. Angesichts des ursprünglichen verbalen Angriffs schätze ich die Sache so ein, dass es um einen politisch motivierten Angriff ging. Eine andere Erklärung habe ich nicht.“

Die Frage, ob es sich auch um einen unpolitischen Angriff durch Betrunkenen gehandelt haben könnte, verneinte Dolejš: „Ich würde nicht sagen, dass sie betrunken waren. Sie sprachen nicht laut, sie schrieen nicht, sie sprachen eher gedämpft. Es ging um keine Aggressivität irgendwelcher Säufer, das ist meine Ansicht.“ Auch die Prager Polizei bestätigte, dass – fünf Wochen vor den Parlamentswahlen – ein politischer Hintergrund „nicht auszuschließen“ sei. Sie ermittelt wegen Verdacht auf Gewalttätigkeiten gegen einen Einzelnen und eine Bevölkerungsgruppe sowie auf gewalttätige Ausschreitung und vorsätzliche Körperverletzung.

(Übersetzung der Aussagen von Jirí Dolejš aus dem Tschechischen: Peter Vins)

geworden. Durch solche taktischen Kunstgriffe ermuntert, forciert die ODS bis zur Profilierung ihrer Wahlprogrammatik ersatzweise zur Zeit ihre antikommunistische Polemik und erweitert sie auch auf die dafür eigentlich unverdächtige ČSSD.

Das umfängliche „Schwarzbuch der Sünden der ČSSD“ enthält (nach dem Verständnis der ODS) eine Aufzählung von „Sünden“, nicht eingelösten Versprechen, Irrtümern und nicht realisierten Hoffnungen der amtierenden Regierung. Sie nimmt aus ihrer Sicht eine kritische Wertung der Wahlprogramme aller drei sozialdemokratischen Regierungen seit 2002 vor. Nach diesem Schwarzbuch hat sie im Februar erneut nachgelegt und in einem zwölfseitigen Papier nochmals 50 unerfüllte Versprechen der sozialdemokratischen Partei aufgelistet. Sie scheint damit signalisieren zu wollen, dass sie in ihrem Konfrontationskurs fortzufahren gedenkt.

Sie hat noch immer kein aktuelles Wahlprogramm und operiert mit ihrem Schattenkabinett, deren Mitglieder mit Absichtserklärungen und Stellungnahmen in den Medien zu punkten suchen.

Die Grünen wollen diesmal rein

Nun hat sich auch die Grüne Partei geoutet, die bislang nicht im Parlament vertreten ist. Sie biedert sich bei den Konservativen wie den Sozialdemokraten als Partner an, schließt aber eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten (noch) aus. Sie glaubt, dieses Mal die 5%-Hürde überspringen zu können, hat aber noch kein Wahlprogramm. Ihr bisheriges politisches Profil ist – wenn man mal von ihrem Nein zur Atomenergie absieht – von ökologischen Inhalten weit entfernt, aber ziemlich nahe am Neoliberalismus.

Oder doch eine große Koalition?

Die Polarisierung ODS-ČSSD ist – von beiden Seiten befördert – bislang noch so konträr gewesen, dass es auch mit Blick auf den nördlichen Nachbarn Bundesrepublik unwahrscheinlich zu sein schien, dass es eine blau-rosa oder rosa-blau Regierungszusammenarbeit geben könnte. Aber man sollte auch in Tschechien in solchen Fragen nie „nie“ sagen und nichts ausschließen, denn es gab ja auch schon einmal ein gegenseitiges Tolerierungsabkommen von ČSSD

und ODS, um eine sozialdemokratische Minderheitsregierung Zeman installieren zu können.

In den letzten Tagen laut gewordene gegenseitige Aufforderungen, dass die andere Seite eine Minderheitsregierung tolerieren möge, damit die Kommunisten nicht an die Macht kommen, die beiderseitig signalisierte Bereitschaft zu Programmkorrekturen, die für die andere Seite annehmbar sein würden, deuten darauf hin, dass eine Zusammenarbeit von konservativen Bürgerlichen Demokraten und Sozialdemokraten noch immer im Kalkül beider Parteien eine Rolle spielt. Zurzeit deuten Umfragen auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen ODS und ČSSD hin, der Unterschied beträgt noch 1,4%. Die dem Handelsblatt gehörende Wirtschaftszeitung Hospodářské noviny hob schon warnend den Zeigefinger und titelte prophetisch aus dem Kaffeesatz: Die Wahlen würde die Linke gewinnen ... Bis zum Wahltag am 2. Juni 2006 ist es noch lange hin. Da wird bis kurz vor der Fußballweltmeisterschaft noch manches Eigentor geschossen werden.

Deutsch-Tschechische Nachrichten

Freizügigkeit in der EU: Osteuropäer diskriminiert

Nur Deutschland und Österreich beschließen Beibehaltung der Einschränkungen
„Jeder EU-Bürger hat das Recht, in einem anderen Mitgliedstaat zu arbeiten und zu wohnen, ohne aus Gründen der Staatsangehörigkeit diskriminiert zu werden.“ Dieses sog. Recht auf Freizügigkeit ist eine der vom Gemeinschaftsrecht der EU garantierten Grundfreiheiten. „Es ist wohl das wichtigste Recht, das Einzelpersonen aus den Gemeinschaftsvorschriften herleiten können, und ein wesentlicher Bestandteil der Unionsbürgerschaft“, heißt es im EU-Newsletter zum Thema Freizügigkeit. Weiter erfährt man dort: „Für Arbeitnehmer besteht diese Freiheit seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft im Jahre 1957. Sie ist in Artikel 39 EG-Vertrag niedergelegt und beinhaltet: das Recht auf Arbeitssuche in einem anderen Mitgliedstaat; das Recht, in einem anderen Mitgliedstaat zu arbeiten; das Recht, sich zu diesem Zweck dort aufzuhalten; das Recht dort zu verbleiben; das Recht auf Gleichbehandlung in Bezug auf den Zugang zur Beschäftigung, die Arbeitsbedingungen und auf alle anderen Vergünstigungen, die dazu beitragen, die Integration des Arbeitnehmers im Aufnahmeland zu erleichtern.“

Bekanntlich wurden vor zwei Jahren zehn Länder – acht osteuropäische plus Malta und Zypern – neu in die EU aufgenommen. Das Grundrecht auf Freizügigkeit wird aber den Bürgern der osteuropäischen Neulinge bislang voren-



halten. Ihnen wurde eine Übergangszeit von bis zu sieben Jahren verordnet. Während dieser Zeit können die Länder der alten EU-15 ihre Arbeitsmärkte gegen Arbeitskräfte aus den neuen Mitgliedsländern abschotten.

Sie können – aber sie müssen nicht. Großbritannien, Irland und Schweden haben von Anfang an keine Einschränkungen gegen die „Neuen“ verhängt. Spanien, Portugal, Finnland und Griechenland haben am 30. April 2006 alle Einschränkungen aufgehoben. Frankreich, Luxemburg, Belgien, Dänemark und Italien haben mit dem schrittweisen Abbau ihrer Beschränkungen begonnen. Die Niederlande haben die Entscheidung bis Ende 2006 vertagt. Nur Deutschland und Österreich haben, ebenfalls am 30. April 2006, beschlossen, die Einschränkungen für Bürger der osteuropäischen EU-Mitgliedsländer vollständig aufrecht zu erhalten (diese Einschränkungen gelten nicht für

Bürger von Malta und Zypern). Angeblich wollen sie ihre Arbeitsmärkte vor „Billiglöhner“ aus Osteuropa schützen. Das Argument klingt nicht sehr überzeugend angesichts der intensiven Bemühungen von Seiten des Staates und der Wirtschaft, im eigenen Land „Billiglöhner“ zu erzeugen. Zweitens könnte man dem angeblich befürchteten

Lohndumping durch Festlegung eines Mindestlohns wirksam begegnen. Gewollt oder ungewollt: die Beschwörung einer angeblichen Gefahr durch billige osteuropäische Arbeitskräfte fördert althergebrachte rassistische Klischees: Die können ja nur so billig sein, weil sie so anspruchslos sind; und die sind so anspruchslos, weil sie nichts Besseres gewohnt sind. Das in Deutschland seit Jahrhunderten gepflegte Stereotyp vom unterlegenen, primitiven, kulturlosen Osteuropa feiert fröhliche Urständ, scheinlegitimiert durch die Angst um den Arbeitsplatz, die das Denken erschwert.

Wenn die Bundesregierung es ernst meint mit der Pflege gutnachbarlicher Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarländern, dann müsste sie umgehend Schluss machen mit dieser, unter dem Mäntelchen der Sorge um soziale Standards nur schlecht versteckten, Diskriminierung. *rh, Vorabdruck DTN*

Hunderttausende eingewanderte Arbeitnehmer und Gewerkschafter demonstrierten und marschierten am 1. Mai in allen Teilen der USA, um ihre Opposition gegen die dem US-Kongress vorliegenden einwandererfeindlichen Gesetze zu bekunden (siehe vorige Ausgabe der Politischen Berichte). Große Fleisch- und Geflügelverarbeitungsunternehmen mussten an diesem Tag zahlreiche Betriebe schließen, weil sich ihre überwiegend aus Einwanderern bestehenden Belegschaften begeistert den landesweiten Versammlungen und Demonstrationen anschlossen.

In Lumberton, North Carolina, schlossen sich eingewanderte Arbeitnehmer des riesigen Smithfield-Fleischverarbeitungsbetriebs in Tar Heel – dem Zielbetrieb einer umfassenden Organisationskampagne der UFCW – einer rund fünftausendköpfigen Menge an, die Transparente und T-Shirts mit der Aufschrift Einwandererrechte sind Arbeitnehmerrechte trugen.

Smithfield hat inländischen und eingewanderten Arbeitnehmern das Recht verweigert, sich im Betrieb Tar Heel zu einer Gewerkschaft zusammenzuschließen, und dabei einer Mischung ausgefilterter Taktiken zur Umgehung einer Gewerkschaft und brutaler Unterdrückungen angewandt, wozu auch Gewalttätigkeiten seiner eigenen privaten



Der 1. Mai 2006 in Istanbul

Im Kadıköy-Zentrum versammelten sich am 1. Mai über 40.000 Menschen, um ihre Stimmen für Frieden Brüderlichkeit und Zusammenhalt zu erheben.

Während der Märsche wurden unter anderem Slogans wie „Wir marschieren gegen Rassismus und Chauvinismus“, „Wir marschieren für die Brüderlichkeit der Bürger“ und „Wir marschieren für kostenlose Bildung und Gesundheit“ gerufen. Unter den versammelten Menschen befanden sich auch die Leiderarbeiter, welche von ihrem Unternehmen vor die Tür gesetzt wurden, weil sie sich einer Gewerkschaft angeschlossen hatten. Allesamt forderten sie die Regierung auf, ihre Reform der Sozialen Sicherheit und der Allgemeinen Gesundheitsversicherung nicht in die Tat umzusetzen.

Folgende Gewerkschaftsorganisationen und politische Vereinigungen und Parteien waren u.a. an diesem 1. Mai anwesend: DISK, KESK, EMEP, DTP, SDP und ESP. Ihre Proteste für ein „Nein gegen den Krieg“ sowie „Nein zur NATO“ wurden lautstark zum Ausdruck gebracht. Beachtenswert war die Teilnahme der Gewerkschaft Gebel-Is mit über 2000 Mitgliedern.

Die Metallgewerkschaft Birlesik Metal-Is war durch die Arbeiter folgender Firmen vertreten: Mert Akiskan, Alkolm, G-U Gretsch, Palsan, Pancar Motor, Ar Yildiz, Berka Balata und Mito. Ihre Slogans lauteten wie folgt: „Wir werden durch Widerstand siegen“ und „Entweder gemeinsam oder niemand, denn alleine gibt es keine Lösung“. Die Gewerkschaft der Hafenarbeiter Limter-Is zogen die Aufmerksamkeiten auf sich, indem sie auf einem Plakat die Auf-

schrift „Sie starben nicht im Krieg, sondern in den Werften“ veröffentlichten, und somit auf die unfassbaren und lebensgefährlichen Arbeitsbedingungen der Hafenarbeiter hinwiesen. Sie forderten zudem eine Arbeitszeitkürzung: Sieben Stunden am Tag. Musa Cam, Generalsekretär der Gewerkschaftskonföderation DISK, erklärte in seiner Rede, dass die Türkei sich zunehmend in eine noch bedrohliche Lage manövriert würde: „Alle Menschen, die sich am 1. Mai hier versammelt haben, sind hier, weil sie die Erben der Unabhängigkeit und der Demokratie sind. Unserem Willen wurde noch kein Genüge getan.“ Cam wies die Menschen darauf hin, dass sie sich in allen Bereichen aktiv für ihre Rechte einsetzen sollten. Nach Cam ergriff der DISK-Vorsitzende Süleyman Celebi das Wort und mahnte, dass „der Tag kommen wird, an welchem die Verantwortlichen gegenüber dem Volk Rechenschaft für ihre Taten ablegen müssen.“ Während seiner Rede wurde Celebi durch Buh-Rufe unterbrochen, welche Mitgliedern der Gruppierung „Rechte und Unabhängigkeit“ zugeschrieben wurden. Sie riefen mehrfach: „Bürokraten sollen endlich still sein, die Arbeiter sollen reden.“ Auch während der anderen Reden wurden die Buh-Rufe verstärkt vernommen. Der im Namen der Gewerkschaften Türk-Is und Petrol-Is an das Rednerpult getretene Mustafa Öztaskin bezeichnete die regierende AKP-Partei als einen LKW, dessen Reifen einen Platten hätte. Für Öztaskin herrsche derzeit bei den Bürgern eher eine Gleichheit in der Armut als im Wohlstand.

(Quelle: www.sendikatnet.org / *Kurdistan-Rundbrief* 2/2006)



Polizeitruppe gehörten. Soeben erst hat die Nationale Arbeitsbeziehungsbehörde am 28. April 2006 Smithfield und sein Vertragsreinigungsunternehmen QSI im Rahmen einer langen Kette nachgewiesener Verstöße für schuldig befunden, 14 eingewanderte Arbeitnehmer unrechtmäßig entlassen zu haben, nachdem ihnen wegen Kollektivmaßnahmen im Betrieb Tar Heel Gewalt und ungesetzliche Verhaftungen angedroht worden waren. Die Arbeitnehmer hatten im November 2003 versucht, ihre Arbeitsplätze zu verlassen, um gegen wiederholte Verstöße des Vertragsunternehmens zu protestieren, und waren von der Smithfield-Privatpolizei im Betrieb gewaltsam zurückgehalten und bedroht worden.

BERLIN. Unter dem Motto „Zeichen setzen gegen AIDS“ machten am 12. Mai 2006 Tausende Kinder und Jugendliche in ganz Deutschland mit Aktionen wie „menschlichen AIDS-Schleifen“, Sternmärschen und symbolischen „Kreuzzügen“ auf das Schicksal ihrer Altersgenossen in den von AIDS besonders getroffenen Ländern aufmerksam. (Bild: Aktion von mehr als 100 Berliner Schülern vor dem Bundeskanzleramt). Weltweit erhalten Millionen von AIDS betroffene Kinder noch seltener Medikamente und soziale Betreuung als Erwachsene. Der Aktionstag ist ein Signal an die Bundesregierung kurz vor dem internationalen Gipfeltreffen zum Stand der weltweiten AIDS-Bekämpfung, das am 31. Mai in New York beginnt. UNICEF fordert die Bundesregierung auf, beim Kampf gegen AIDS eine Vorreiterrolle zu übernehmen und ihre Entwicklungshilfe stärker auf die gesundheitliche und soziale Versorgung von AIDS betroffener Kinder und AIDS-Aufklärung für Jugendliche auszurichten. www.unicef.de



Aktion „Rüstungshaushalt senken!“ zur Haushaltsdebatte im Bundestag

BERLIN. Während der Beratungen über den aktuellen Bundeshaushalt forderte am 13. Mai 2006 die Deutsche Friedensgesellschaft DFG-VK zusammen mit weiteren regionalen und bundesweiten Organisationen die Abgeordneten des Bundestages auf, den Rüstungshaushalt um mindestens 5% jährlich zu senken. Tausende von blauen Protestpostkarten waren auf Schnüren aufgereiht und auf dem Pariser Platz präsentiert, um deutlich zu machen, dass eine Vielzahl von BürgerInnen die Forderung nach Senkung des Rüstungshaushalts unterstützen. Außerdem wurden die persönlichen Botschaften der UnterzeichnerInnen aus allen Regionen der BRD an die Abgeordneten verlesen. Die Aktion fand im Rahmen der „Schritte zur Abrüstung“-Kampagne statt.

www.deutsche-friedensgesellschaft.de

„Militär ist keine Lösung!“ – Online-Kampagne gegen Iran-Krieg

BERLIN. Die internationale Ärzteorganisation IPPNW startete am 12. Mai 2006 in Deutschland eine gemeinsame Kampagne gegen eine weitere Eskalation des Konflikts um das iranische Atomprogramm mit Campact, Netzwerk Friedenskooperative, DFG-VK, und Attac. Eine erste Online-Aktion richtet sich an die Staaten, die derzeit über den Wortlaut einer Resolution des UN-Sicherheitsrats verhandeln. Weitere Aktionen werden folgen. Unter www.kein-iran-krieg.de kann jeder per Anklick dem Außenminister Steinmeier und den Botschaftern der fünf ständigen UN-Sicherheitsratsmitgliedern in Deutschland schreiben. Sie werden aufgefordert, im Resolutionstext von einer Verurteilung des Iran nach Kapitel VII der UN-Charta abzusehen und damit keine

Legitimation für ein militärisches Vorgehen an einem späteren Zeitpunkt zu schaffen. Gerade dies haben die USA beim Irak gemacht, in dem sie Bezug auf eine frühere UN-Resolution als Rechtfertigung für den Krieg in 2003 nahmen.

Studierende machen mobil – Tausende gegen Studiengebühren

FRANKFURT/DÜSSELDORF. Mehrere tausend StudentInnen demonstrierten in der vergangenen Woche in Frankfurt, Marburg, Kassel, Gießen und Wiesbaden gegen die geplante Ausweitung von Studiengebühren an den hessischen Hochschulen. In Marburg wurde am 11. Mai die Uni-Verwaltung besetzt, am Tag darauf fand bei einer Demonstration von 3-5000 Studierenden eine kurzfristige Blockade der Marburger Stadtautobahn in beide Richtungen statt. Frankfurter Studierende wiesen darauf hin, dass die Landesregierung bei der Fortsetzung ihres Kurses massive Verkehrbehinderungen auch während der Fußball-WM provoziert. Die Landesregierung hatte am 5. Mai die Einführung von 500 Euro pro Semester für das Erststu-

dium beschlossen. Für StudentInnen, die nicht aus der EU kommen, sieht die Kabinettsvorlage sogar 1.500 Euro vor. Die CDU-Landesregierung hatte bereits vor einigen Jahren die Einführung von Gebühren für sog. „Langzeitstudenten“ durchgesetzt. In der laufenden Woche beginnen die Beratungen im Landtag. SPD und Grüne haben Klagen vor dem Staatsgerichtshof angekündigt, weil Studiengebühren die soziale Auslese verschärfen und die Hessische Verfassung das verbietet. Eine erste hessische Großdemonstration soll am 24. Mai 2006 in Darmstadt stattfinden.

Die Idee der Landesregierung in NRW, den Hochschulen die letztendliche Entscheidung über Studiengebühren zu geben, führt dazu, dass die Proteste trotz des beschlossenen Studiengebührenge setzes weitergehen: Vor Ort können die Gebühren nach wie vor verhindert werden. Aber auch hier wird landesweit am 16. Mai in Düsseldorf demonstriert.

Zuvor wurden die Rektorate der Unis Siegen, Essen/Duisburg und Bielefeld besetzt, nachdem in Köln eine zehntägige Besetzung des Rektorats ohne die vorher verabredete Ankündigung geräumt worden war. www.asta.uni-frankfurt.de, [ola www.fzs.de](http://www.fzs.de)



Bundesausländerbeirat kritisiert zu hohe Hürden für Einbürgerung

MAINZ. Der Vorsitzende des Bundesausländerbeirats, Memet Kilic, hat die Einigung der Länderinnenminister vom 5. Mai in wesentlichen Zügen abgelehnt. „Sowohl die angekündigten Regelungen zum Sprachtest als auch die verpflichtende Einbürgerungsprüfung sind nichts anderes als eine weitere Erschwerung der Einbürgerung.“ „Besonders Migranten, die ein niedriges Bildungsniveau haben, Analphabeten sind oder in einer anderen Schriftsprache alphabetisiert worden sind, werden

es nach den Ankündigungen der Innenminister schwer haben, überhaupt noch eingebürgert zu werden," so Kilic weiter. Zudem bleibe weiterhin offen, welche Wissensinhalte gefragt werden. Das lasse befürchten, dass die Bundesländer wieder ihr eigenes Süppchen kochen werden. Kilic kritisierte, dass offensichtlich einmal wieder ältere Migranten, die vor dem Anwerbestopp (1973) nach Deutschland eingeladen worden waren, vergessen wurden: „Diese Menschen haben ihre Jugend in den Aufbau dieses Landes investiert. Und jetzt sollen die Omas und Opas die Schulbank drücken, wenn sie Staatsbürger ihrer Heimat Deutschland werden wollen.“

Zur Frage des Eides oder einem staatsbürgerlichen Bekenntnis erklärte Kilic: „Den Eid gönnen wir den Bundesländern, die ihn unbedingt haben wollen, als karnevalistische Krönung der Einbürgerung.“

www.bundesauslaenderbeirat.de

Aktionen gegen Gebirgsjägertreffen am 27./28. Mai in Mittenwald

MITTENWALD. Am 27./28. Mai treffen sich in Mittenwald zum 49. Mal Wehrmachtsveteranen, ehemalige und aktive Bundeswehrsoldaten sowie deren SympathisantInnen zum Gedenken. Gegen eine „Traditionspflege“, bei der die Kriegsverbrechen im Rahmen des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges unter den Tisch gekehrt werden, protestieren auch dieses Jahr am 27./28. Mai am gleichen Ort verstärkt antifaschistische und antimilitaristische Gruppen, Überlebende des Holocausts, Opfer der NS-Militärjustiz und Teilnehmer an den internationalen Kämpfen gegen Krieg und NS-Regime, an der antifaschistischen Aufklärungsarbeit unter deutschen Soldaten und Kriegsgefangenen. Die Präsenz der Überlebenden der Massaker und der europäischen Resistance in Mittenwald, die daraus resultierende breite Berichterstattung in Presse und Fernsehen, insbesondere über die Verwicklung der Gebirgsjäger in die Vorbereitung des Holocaust und in den Vernichtungskrieg hat die Gemeinde Mittenwald in die Defensive gedrängt. Deswegen will sie dieses Jahr sogar die Aufstellung eines Zeltes für die Zeitzeugenveranstaltung „ordnungsrechtlich“ verhindern. Die Veranstalter haben daraufhin einen öffentlichen Appell an die Gemeinde Mittenwald, an die Kirchengemeinden und an die Bayerische Staatsregierung verfasst.

Das Antifa Programm: *Samstag 27.5.2006, 10–14 Uhr: Versammlung: Der Widerstand gegen die nationalsozialistische Besatzung mit ehemaligen PartisanInnen aus Kreta und Kärnten. Samstag 27.5.2006, 15.00 Uhr: 3 Stern-demonstrationen zu den Themen: „Der Kameradenkreis der Gebirgsjäger“, „Die Traditionspflege der Gebirgsjäger“ „Der Todesmarsch nach Mittenwald“.* 18–22 Uhr: Abschlusskundgebung. Sonntag 28.5.2006, 9–13 Uhr: Kundgebung und Szenische Lesung.

ger“ „Der Todesmarsch nach Mittenwald“. 18–22 Uhr: Abschlusskundgebung. Sonntag 28.5.2006, 9–13 Uhr: Kundgebung und Szenische Lesung.

www.nadir.org/mittenwald

Antifaschistischer Streikposten gegen Naziaufmarsch

MÜNCHEN. Deutliche Stellung gegen einen Neonaziaufmarsch bezogen streikende Beschäftigten der vier staatlichen Theater in München am 8. Mai 2006 (Bild). Als die Rechtsextremen

den Max-Joseph-Platz vor der Oper besetzten, entrollten die Gewerkschafter auf den Stufen des Opernhauses ein 20 Meter langes Spruchband mit der Aufschrift „Antifaschistische Streikposten. Die Theaterleute des Residenztheaters, Gärtnerplatztheaters, Prinzregententheaters und der Oper streiken zusammen mit anderen LandesbeschäftigteInnen gegen Einkommensverluste und die Verlängerung ihrer Arbeitszeit auf 42 Stunden. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di fordert vom Freistaat die Annahme des Tarifvertrages für den Öffentlichen Dienst. Mehrere Hundertschafte Polizei hatten die Münchener Innenstadt in ein Heerlager verwandelt. Sie schützten knapp zwei Dutzend Mitglieder der NPD und der Kameradschaft München, die sich um ein Transparent mit der Aufschrift „8. Mai: Besiegt und besetzt – wir feiern nicht“ versammelt hatten. Die Neonazis, darunter der oberbayerische NPD-Vorsitzende Roland Wuttke und der wegen Körperverletzung vorbestrafte Kameradschaftsführer Norman Bordin, schwenkten unter anderem preußische und iranische Fahnen und spielten Wehrmachtsberichte vom Band. Vor den Polizeigittern protestierten mehrere Hundert Antifaschisten, dabei auch Mitglieder der ver.di-Jugend mit ihren Fahnen, lautstark gegen den Naziaufmarsch. *Nick Brauns*

Erneute Pleite für Nazis am 13. Mai in Göttingen

GÖTTINGEN. Nach dem Desaster vom 29.10.05 erlebten am 13. Mai 2006 NPD-Anhänger und „Freie“ Kameradschaften erneut eine herbe Niederlage. Der antifaschistische Widerstand konnte dagegen noch einmal deutlich zulegen. Dem Aufruf von u.a. Christian Worch folgten lediglich 100 bis 200 Neofaschisten. Polizei und Stadt scheutene keine Kosten und Mühen, diesen jämmerlichen Haufen von mehr als 6.000 Polizeibeamten und Sondereinheiten aus dem gesamten Bundesgebiet schützen zu lassen – pro Nazi also zwischen 30 und 60 Polizeibeamte. Auf die Bündnisdemonstration,



die von linksradikalen Gruppen bis hin zu Gewerkschaften und Parteien getragen wurde, waren wesentlich mehr TeilnehmerInnen gekommen als noch am 29.10., und mehr als für dieses Mal erwartet. Trotz des anfangs schlechten Wetters machte sich die Demonstration um kurz nach 11 Uhr auf den Weg und wuchs bei ihrem Weg durch die Innenstadt kontinuierlich bis auf 7–10.000 TeilnehmerInnen an. So weit man schauen konnte – die Göttinger Fußgängerzone war auf ihrer gesamten Länge von der Demonstration gefüllt. Die Stimmung auf der Demonstration war sehr gut und von Solidarität und gegenseitigem Respekt geprägt – die Strategie der Stadt und der Polizeiführung, den Widerstand in „gute“ und „böse“ Demonstranten zu spalten, ging damit nicht auf. Und es zeigte sich auch, dass 6.000 martialisch ausgerüstete Polizeibeamte mit Wasserwerfern, Räumpanzern, Hubschraubern und zum Teil vermummten Sondereinheiten, die die Demo im Spalier begleiteten, nicht ausgereicht haben, den Widerstand gegen den Naziaufmarsch zu schwächen und zu spalten. Im Gegenteil. Dieser Tag dürfte erneut dazu geführt haben, dass die antifaschistische Linke Sympathien



gewonnen hat und gestärkt aus diesem Tag geht. Ein wichtiges Ergebnis, auch für zukünftige Bündnisse. www.puk.de

Bild: Transparent von Kollegium und Schülerrat der Albanischule Göttingen. Sie hatten erst kürzlich eine Gedenkveranstaltung zur Bücherverbrennung durchgeführt.

www.goest.de

Zusammenstellung: baf

Aufruf

„Es gilt die zweite Schuld zu verhindern!“

16. Mai 1940 –
16. Mai 2006

Am 16. Mai 1940 begannen die Nazis mit der systematischen „Umsiedlung“ der „Zigeuner“ aus Deutschland in die NS-Konzentrationslager. 1940 wurde von Himmler die Anordnung getroffen, insgesamt 2.500 Sinti und Roma aus den westlichen Teilen Deutschlands in das „Generalgouvernement“ zu deportieren. Zum Sammellager, in dem Sinti und Roma vor der eigentlichen Deportation konzentriert werden sollten, wurde der Fruchtschuppen 10 im Hamburger Hafen bestimmt. Am frühen Morgen des 16. Mai 1940 nahmen Kommandos der Kriminalpolizei etwa 550 Sinti und Roma in Hamburg fest und internierten sie gemeinsam mit Sinti und Roma aus Bremen, Winsen an der Aller, Bremervörde, Wesermünde und aus schleswig-holsteinischen Gemeinden wie Flensburg, Kiel, Neumünster und Schleswig im Fruchtschuppen. Systematisch wurden

die inhaftierten Männer, Frauen und Kinder per Namenslisten und Nummerierungen erfasst, „entlaust“ und nach Wertsachen durchsucht. Nach vier Tagen der Internierung in Hamburg brachte sie ein Deportationszug vom Hannoverschen Bahnhof über Warschau und Lublin nach Belzec. Nachdem die Roma und Sinti zur Errichtung des „Zigeunerlagers“ herangezogen wurden, setzte man sie zur Zwangsarbeit in der Umgebung ein. Viele von ihnen starben nach kurzer Zeit an Kälte, Hunger, Typhus oder Ruhr.

Wie viele Roma und Sinti insgesamt dem deutschen NS-Rassenwahn zum Opfer gefallen sind, ist bis heute nicht geklärt; es wird von einer halben bis einer Million ausgegangen.

Heute, nach nunmehr 66 Jahren, sind Hunderttausende Roma vor den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien geflohen. Seit Beginn der Balkankriege sind Tausende Roma Opfer von ethnisch motivierter Gewalt geworden. Mehr als hunderttausend Roma aus dem Kosovo sind vor den Gräueltaten der kosovo-albanischen Milizen und den Kriegshandlungen der NATO geflohen oder wurden aus ihrer Heimat vertrieben. Opfer eines Krieges, mit dem sie nichts zu tun hatten. Diejenigen, die ihr Leben vor ethnisch motivierter Gewalt, vor NATO-Bomben und „ethnischen Säuberungen“ retten konnten, vegetieren in menschenunwürdigen „Flüchtlingslagern“ in Mazedonien, Serbien und Montenegro dahin, oder sind, wie in Deutschland, von Abschiebungen bedroht. Keine „Internationale Staatengemeinschaft“ fühlt sich für diese Men-

schen verantwortlich, kein westlicher „demokratischer Rechtsstaat“, der noch vor Kurzem bereit war, für „Menschenrechte“ zu bomben, ist heute bereit, die Opfer von Menschrechtsverletzungen, Gewalt und ethnischen Säuberungen aufzunehmen. Alle Internationalen Menschenrechtsorganisationen (u.a. COE, UNHCR, OSCE,) sind sich darin einig, dass es keine Rückkehr für Roma in ihre Heimatorte gibt.

Der Krieg gegen Jugoslawien wurde von der damaligen Bundesregierung mit dem moralischen Anspruch „nie wieder Auschwitz“ legitimiert. Nach fast sieben Jahren Einsatz der Bundeswehr im Kosovo, unter der Aufsicht der Internationalen Staatengemeinschaft und vor den Augen der Bundeswehr, haben albanische Separatisten es geschafft, das Kosovo ethnisch zu säubern und in einen zweiten albanischen „Staat“ zu verwandeln, in dem die Sicherheit von Minderheiten nicht mehr gewährleistet werden kann.

Dieser versuchte Völkermord und die ethnischen Säuberungen an den Roma im ehemaligen Jugoslawien werden weder von den Medien thematisiert noch von denen zur Kenntnis genommen, die erst vor ein paar Monaten die „Menschenrechte“ auf dem Balkan „herbeibomben“ wollten!

Seit über sechs Jahren versuchen die Interessenvertretungen der Flüchtlinge und Vertriebenen sowohl mit der deutschen Regierung als auch mit der Internationalen Staatengemeinschaft über die Zukunft der Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien zu sprechen. Beide waren bislang nicht bereit, sich ernst-

„Sämtliche Zigeuner sollen nach dem Osten abtransportiert werden“

Mit Beginn des Faschismus nahm die Diskriminierung der Roma und Sinti auch in Hamburg ein gewaltiges Ausmaß an. Schon am 8. April 1935 wurde in der Hansestadt ein einheitlichen Vorgehen gegen „Zigeuner“ vereinbart: Die Gewerbeleute wurden angewiesen, ihnen keine Gewerbescheine mehr zu erteilen, Wohnungen sollten an sie nicht mehr ermittelt werden, und Sozialhilfeempfänger wurden gezwungen, „Pflichtarbeit“ zu leisten, für die die Erwachsenen 5 Mark, Kinder 2 Mark die Woche bekamen. Alle besonderen Formen der Unterstützung wie Reichswochenbeihilfe, Reichsbeihilfe für kinderreiche Familien, Kleidungs- und Sachbeihilfe – wurden „für Zigeuner aus grundsätzlichen Erwägungen heraus abgelehnt“.

Die Idee, alle in Hamburg lebenden Sinti und Roma in Lager zu sperren, kam bereits 1937 auf. Der Oberbürgermeister von Wandsbek schrieb am 4. November 1937: „... ob es nicht zweckmäßig wäre, wenn die sämtlichen Zi-

geunerfamilien, die sich in Groß-Hamburg befinden, in irgendein größeres gemeinsames Lager, welches möglichst weit von den übrigen Wohngebieten liegen müsste, gebracht werden können.“ Die Pläne für Sammellager wurden in der Sozialbehörde ausführlich diskutiert. Am 22. September 1939 beschloss der Senat endgültig, ein „Zigeunerlager“ in Billstedt-Ojendorf einzurichten. Das Lager wurde jedoch nicht fertig gestellt. Der Polizeioberrat Bierkamp ließ die Arbeiten bereits nach wenigen Tagen einstellen, denn, so schrieb er am 20.10.1939: „Gestern ist ein Schnellbrief des SS-Sicherheitsamtes eingegangen, wonach sich die gesamten Zigeuner am 25., 26. und 27.10.1939 in ganz Deutschland zu melden haben. Sämtliche Zigeuner sollen nach dem Osten abtransportiert werden. Dieser Berliner Erlass hat die Sachlage völlig verändert.“

Quelle: www.romahistory.com

Der 16. Mai 1940 in Hamburg

„Die abzuschiebenden Zigeuner sind an einem vom Reichsicherheitshaupt-

amt noch zu bestimmenden Tag festzunehmen. Die Festlegung hängt von dem Zeitpunkt ab, an dem die Transportzüge zur Verfügung gestellt werden. Der Aufenthalt im Sammellager soll drei Tage auf keinen Fall überschreiten.“¹

Das Zitat stammt aus der 1940 von Himmler getroffenen Anordnung, insgesamt 2.500 Sinti und Roma aus den westlichen Teilen Deutschlands in das Generalgouvernement zu deportieren. Von diesen ersten, im Mai durchgeführten Massendeportationen aus größeren westdeutschen Städten wurden auch in Hamburg lebende Sinti und Roma erfasst.

Am frühen Morgen des 16. Mai 1940 nahmen Kommandos der Kriminalpolizei etwa 550 Sinti und Roma in Hamburg fest und internierten sie gemeinsam mit Sinti und Roma aus Bremen, Winsen an der Aller, Bremervörde, Wesermünde und aus schleswig-holsteinischen Gemeinden wie Flensburg, Kiel, Neumünster und Schleswig im Fruchtschuppen. Systematisch wurden die inhaftierten Männer, Frauen und Kinder per Namenslisten und Nummerierungen

Erinnerung an die erste Deportation der Roma und Sinti aus Deutschland in die NS-Konzentrationslager

Gedenkkundgebung

Hamburg, Hannoverscher Bahnhof

**Lohseplatz (Hafencity)
16. Mai 2006 – 12:00 Uhr**

Zur Lage der Roma im Kosovo

Vor der Vertreibung lebten im Kosovo etwa 150.000 Roma und Aschkali, von denen jedoch etwa 30.000 in den Jahren vor dem Kriegsausbruch nach Westeuropa emigrierten, rund 20.000 davon nach Deutschland. Nach dem Krieg wurden unter den Augen der Nato-Mächte weitere rund 100.000 Roma und Aschkali vertrieben. Zwei Drittel der Siedlungen und Häuser dieser Minderheit wurden niedergebrannt. Weitere Mittel der Vertreibung waren Mord, Misshandlungen, Entführungen, Vergewaltigungen... Die meisten Flüchtlinge leben heute in den

Nachbarländern Montenegro, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Albanien in Flüchtlingslagern. Die im Kosovo verbliebenen Roma und Aschkali leben als Flüchtlinge im eigenen Land überwiegend in Lagern des UNHCR für „Displaced persons“ unter ärmlichsten Umständen, ohne auch nur annähernd ausreichende Versorgung. In vier Flüchtlingslagern in der Gemeinde Mitrovica, die 1999 auf Schutthalden mit verseuchtem Minenabbaum errichtet wurden, sind 744 Roma-Familien der Bleivergiftung ausgesetzt.

haft mit dem Schicksal der Roma auseinander zu setzen. Stattdessen werden Pläne erarbeitet, um spezielle „Collective Camps“ (Gemeinschafts-Lager) im Kosovo unter der Leitung der IOM zu errichten, in denen zu deportierende Roma untergebracht werden sollen. Die „International Organisation for Migration“ oder kurz IOM gilt, in vielen Teilen der Welt, als die „Handlanger-Organisation“ für Deportationen und Betreiberin von De-facto-Internierungslager für Flüchtlinge.

Fast 20.000 Roma ist die Flucht nach Deutschland gelungen, oder sie wurden als „Kosovo-Albaner“ willkommen geheißen. Schwer traumatisiert, verfolgt und vertrieben warten diese Menschen täglich auf ihre Abschiebung „zurück“ in einen Staat, der nicht mehr existiert. In eine Heimat, die ihnen geraubt wurde, deportiert in eine Umgebung, in der

es keinen Schutz vor Übergriffen gibt.

Viele der Männer, Frauen und Kinder, Menschen, die hier leben, integriert sind, arbeiten oder hier zur Schule gehen, werden gezwungen, als geduldete Ausländer zum Teil seit über 25 Jahren auf ihre Abschiebung zu warten.

Die Heimat dieser Flüchtlinge ist Deutschland geworden!

Wer könnte berufener sein als die Deutschen, für Roma und Sinti besondere Sorge zu tragen und sich der historischen Verantwortung zu stellen. Welches Land in Europa könnte berufener sein, sich für die Einhaltung der Menschrechte für Roma und Sinti in Europa einzusetzen.

Wir appellieren daher an die Bundesregierung, zu Ihrer Verantwortung zu stehen, sowohl aus der gemeinsamen Geschichte des NS-Holocaust, als auch als Konsequenz ihrer Beteiligung am

Balkankrieg.

- Bleiberecht für Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien!
- Beteiligung der Roma an den Statusverhandlungen über das Kosovo!
- Keine „Collective Camps“ für Roma!
- Unterstützung der Roma in Europa!

... Es gilt die zweite Schuld zu verhindern.

Erstunterzeichner: Günther Grass – Literatur Nobelpreisträger, Rom und Cinti Union e.V. (RCU), Europäisches Zentrum für Antiziganismusforschung (EZAF), RomNews Society, Marko D. Knudsen, Tino M. Knudsen, Ildiko Tarjan, Janina Janson – Vize Präsidentin des European Roma and Traveller Forum (ERTF) – Strassbourg – und Vetreterin der Deutschen Roma und Sinti im ERTF, Jacek Glowacki, East meets West – International Roma youth Network (EMW-IRYN), Violette Horvatova, Karl-Heinz „Lolo“ Weiss – und Vetreter der Deutschen Roma und Sinti im ERTF – General Sekretär der RCU



Deportation der Roma und Sinti aus Asperg nahe Stuttgart. Rechts: Roma im KZ Bergen-Belsen

erfasst, „entlaust“ und nach Wertsachen durchsucht.

(...) Nach vier Tagen der Internierung in Hamburg brachte sie ein Deportationszug vom Hannoverschen Bahnhof über Warschau und Lublin nach Belzec. Die Ankommenden trafen dort auf bereits deportierte und in Schuppen untergebrachte Juden. Nachdem die Roma und Sinti zur Errichtung des „Zigeunerlagers“ herangezogen wurden,

setzte man sie zur Zwangsarbeit in der Umgebung ein. Viele von ihnen starben nach kurzer Zeit an Kälte, Hunger, Typhus oder Ruhr. Zahlreiche andere Sinti und Roma deportierten die Nationalsozialisten weiter nach Krychow und Siedlce, wo sie ein ähnliches Schicksal erwartete. Für einige, wie Angehörige der Hamburger Sinti-Familie Weiß, endete der Leidensweg im Warschauer Ghetto oder im Konzentrationslager

Bergen-Belsen.

Aus: Schulmaterial zum 16. Mai, Europäisches Zentrum für Antiziganismusforschung, www.Antiziganismus.org

1) Aus dem Schnellbrief des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei im Reichministerium des Innern vom 27.4.1940 an die Kriminalpolizei(leit)stellen Hamburg, Bremen, Hannover, Düsseldorf, Köln, Frankfurt a.M., Stuttgart über die „Umsiedlung der Zigeuner“; Zitiert nach Wippermann 1993: 88f.

Bundestreffen der Regionalbewegung. FEUCHTWANGEN. Regionalinitiativen und Akteure der Regionalbewegung aus der ganzen Bundesrepublik trafen sich vom 28.-30. Mai 2006 in Feuchtwangen zum dritten Bundestreffen der Regionalbewegung, um am gemeinsamen Netzwerk zur Förderung der Regionalität zu arbeiten. Heiner Sindel, der erste Vorsitzende des Bundesverbandes erklärte, dass er fest davon überzeugt ist, dass regionale Wirtschaftskreisläufe und Regionen als feste Größe in einer globalisierten Welt zukünftig weiter an Bedeutung gewinnen werden. Regionen stünden für Arbeitsplätze, dezentrale Energieabhängigkeit mit Pflanzenöl, Windkraft, Biomasse, Geothermie oder Sonnenenergie, Energieeinsparung durch kurze Wege, nachvollziehbare Produktqualität und Vielfalt einer gewachsenen Kulturlandschaft und böten einen wichtigen Stabilitätsfaktor. Zum Kongress eingeladen hatte der Bundesverband der Regionalbewegung und das Aktionsbündnis Tag der Regionen, welche in Kooperation mit Partnern wie dem Bundesverband Erneuerbare Energie, den Regionalmanagements in Bayern und der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Regionalinitiativen die Tagung durchführten. Die Tagungsteilnehmer informierten sich über Möglichkeiten der Vermarktung regionaler Produkte im Lebensmitteleinzelhandel, die Erhöhung regionaler Wertschöpfung durch Projekte der CMA (Centralen Marketing Agentur) und die Arbeit der Sparkassen als regionale Finanzdienstleister. Sie diskutierten die wirtschaftlichen Chancen, die für Regionen aus erneuerbarer Energie erwachsen, die Bewusstseinsbildung, die mit dem Kauf regionaler Produkte einhergehen muss und zogen Bilanz des Regionalmanagements. Auch die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten sieht eine Chance in der Regionalbewegung. Ihr Vorsitzender Franz Josef Möllenberg, der ebenfalls die Tagung begleitete, formulierte zum Abschluss am Sonntag zusammen mit dem Feuchtwanger Dekan Helmut Müller die Verantwortung für nachhaltiges Wirtschaften, denn er findet, dass „Geiz nicht geil ist, sondern Arbeitsplätze vernichtet“. www.regionalebewegung.de

Die Gründung des Bundesverbandes der Regionalbewegung 2005 wurde von „Paten“ begleitet aus folgenden Organisationen: Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Deutscher Verband für Landschaftspflege, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Agenda-Transfer, Bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21, Deutscher Forstwirtschaftsrat, Naturschutzbund Deutschland, Grüne Liga/Netzwerk Ökologischer Bewegungen, Arbeitskreises Landwirtschaft beim BUND, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland/Rat für Nachhaltige Entwicklung, Eurotoques Europäische Union der Köche, Verbraucherzentrale Bundesverband.



Stadtentwicklung zentrales Thema der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007. „Stadtentwicklungspolitik und Stadtumbau sind Aufgaben von europäischer Dimension. Im Hinblick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2007 wollen wir deshalb gemeinsam mit den anderen Mitgliedstaaten einen Beitrag zur Stärkung unserer Städte in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht leisten.“ Das sagte der Staatssekretär im Bundesbauministerium, Engelbert Lütke Daldrup, auf der Abschlusskonferenz Urban Futures 2.0 am 5. Mai in Stockholm. Die für Stadtentwicklung zuständigen Minister der Mitgliedstaaten werden im Mai 2007 zu einem informellen Treffen in Leipzig unter dem politischen Leithema „Lissabon und integrierte Stadtentwicklung“ zusammenkommen. Ziel ist die Verabschiedung einer Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt als Beitrag zur Lissabon-Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung in der EU. Eckpfeiler der Strategie sollen die nachhaltige Verbesserung der Lebenssituation der betroffenen Menschen in benachteiligten Stadtquartieren, die Erhöhung der Wirkung öffentlicher Maßnahmen und die Bündelung öffentlicher und privater Finanzmittel sein. „Städte schaffen Wachstum, Innovation und Beschäftigung. Und sie sind Fokus der gesellschaftlichen Anstrengungen um sozialen Ausgleich und Integration. Die deutsche Präsidentschaft soll daher insbesondere die Förderung sozial benachteiligter Quartiere voranbringen. Die rechtzeitige und intensive Bekämpfung sozialer Ausgrenzung in den Städten ist eine wesentliche Säule der europäischen Wertegemeinschaft. Kernelemente nachhaltiger Stadtentwicklung sind städtebauliche Aufwertungsstrategien, die Stärkung der lokalen Ökonomie und eine verbesserte Arbeitsmarktpolitik sowie eine aktive Kinder-, Jugend-, Aus- und Bildungspolitik“, sagte Lütke Daldrup. www.kommunalweb.de

Verdi fordert Bürgerentscheid-Reform. DÜSSELDORF. Der Düsseldorfer Bezirk der Gewerkschaft Verdi hat am 28.4.2006 Eckpunkte zur Reform des kommunalen Bürgerentscheids in Nordrhein-Westfalen vorgestellt: Nach Einreichung eines Drittels der für ein Bürgerbegehren notwendigen Unterschriften soll eine aufschiebende Wirkung in Kraft treten, bis zu einem folgenden Bürgerentscheid sollen Bürgermeister und Rat einer Kommune keine Entscheidungen treffen oder Handlungen mehr vollziehen dürfen, die voll-

endete Tatsachen schaffen und damit ein Bürgerbegehren ins Leere laufen lassen. Verdi fordert damit politische Konsequenzen aus einem Anfang Januar gescheiterten Bürgerbegehren gegen den Verkauf der Anteilmehrheit der Düsseldorfer Stadtwerke an den Energieversorger EnBW. Obwohl die Gewerkschaft binnen einer Woche rund 90.000 Unterschriften für ein Bürgerbegehren gegen den Verkauf sammelte, hatte der Stadtrat diesen Mitte Dezember geschlossen. Oberbürgermeister Joachim Erwin (CDU) unterzeichnete den Verkaufsvertrag Ende Dezember, nachdem er die Verkaufabsicht erst Anfang Dezember verkündet hatte. Weil mit der Vertragsunterzeichnung bereits Fakten geschaffen worden waren, war das Bürgerbegehren Anfang Januar für unzulässig erklärt worden. – Neben der aufschiebenden Wirkung fordert Verdi auch die Streichung von Themenausschlüssen für Bürgerbegehren aus der Gemeindeordnung. Danach sollen auch Begehren zu Windkraftanlagen und Stadtentwicklungsfragen möglich sein.

<http://demokratie.mine.nu>

Ratsantrag zur medizinischen Flüchtlingshilfe. GÖTTINGEN. Mit einem gemeinsamen Ratsantrag vom 12. Mai 2006 zum Thema „Medizinische Flüchtlingshilfe“ wollen die Fraktionen von SPD, Grünen, FDP und Linkspartei die Situation von Personen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus verbessern. Kernpunkt des Antrages ist das „Manifest Illegale Migration“ des katholischen Forums. Der Rat der Stadt wird gebeten, sich dem anzuschließen. Außerdem soll er Vorschläge unterbreiten, wie die Gesundheitsversorgung und Integration von Personen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus verbessert werden kann. Der Antrag ist das Ergebnis eines Runden Tisches, an dem seit dem vergangenen Sommer Vertreter des Integrationsrates, der Parteien und Kommunen teilgenommen haben. Initiiert wurde der Runde Tisch, nachdem die Initiative „Gesundheitsversorgung und Bildung für alle“ im Sozialausschuss über die Situation von Statuslosen in Göttingen berichtet hatte.

www.stadtradio-goettingen.de
Das Manifest Illegale Manifestation (Unterzeichnerstand am 10. März 2006: 405 Personen, Organisationen und Institutionen) ist u.a. unterschrieben von Stadträten, teilweise OBs, Fraktionen und ganzen Gemeinderäten/Bezirksversammlungen aus Augsburg, Bonn, Freiburg, Gelsenkirchen, Hamburg, Leipzig, Mainz, München, Nürnberg, Stuttgart, Würzburg.

www.forum-illegalitaet.de/Manifest-UnterzeichnerPublikation.pdf

Zusammenstellung: baf

GDBA, TRANSNET und ver.di starten bundesweite Unterschriftenaktion

AUGSBURG. Den Augsburgern droht möglicherweise bald ein neuer Streik im Nahverkehr. Das kündigte am 5. Mai Hans Blöchl von der Gewerkschaft ver.di bei einer Kundgebung auf dem Augsburger Königsplatz an. In dem Aufruf zum bundesweiten Aktionstag am 5. Mai und für 1 Millionen Unterschriften gegen Lohndumping heißt es u.a.: „Der Rat der europäischen Verkehrsminister hat sich auf seiner Sitzung im März 2006 darauf verständigt, dass es künftig im Nahverkehr bei Bus, U-Bahn oder Straßenbahn keine Direktvergabe mehr geben soll: Die Kommunen sollen nicht mehr eigenständig entscheiden können, an wen sie Nahverkehrsleistungen vergeben. Zugleich wird darauf verzichtet soziale Standards zu definieren.“

Hinzu kommt, dass Deutschland die Mittel für den Nahverkehr kürzt. Aufgrund des Koch/Steinbrück-Papieres wurden bereits die Mittel für die Schüler- und Schwerbehindertenbeförderung um 210 Millionen Euro pro Jahr reduziert. Damit nicht genug: Die große Koalition will die Regionalisierungsmittel für den Nahverkehr um 2,3 Milliarden Euro kürzen. Die Folgen sind bereits sichtbar: beispielsweise durch Lohndumping mit Löhnen von 7,65

Euro/Stunde in Hessen oder 8,32 Euro/Stunde vor den Toren Hamburgs.

Drei zentrale Fragen stehen zur Debatte, wenn die EU-Verkehrsminister am 8. Juni 2006 über jene europäische Verordnung entscheiden, die die künftigen Bedingungen für den öffentlichen Personenverkehr in Europa beschreibt: 1. Wie wird der öffentliche Personenverkehr zukünftig organisiert? 2. Gibt es Vorschriften zur Einhaltung von Qualitätsstandards und von Sozialstandards für den öffentlichen Personenverkehr? 3. Welchen Schutz gibt es für die Beschäftigten, wenn es aufgrund einer Ausschreibung zu einem Betreiberwechsel kommt? Die bundesweite Unterschriftenaktion am Freitag, dem 5. Mai 2006, zu der die Verkehrsgewerkschaft GDBA und die Gewerkschaften TRANSNET und ver.di aufrufen, steht unter dem Motto „Ihre Unterschrift gegen Lohndumping“. Eine Million Unterschriften sollen bundesweit zusammen kommen. Diese werden im Anschluss Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee übergeben.“

Ähnliche Aktionen finden zeitgleich in ganz Europa statt, um Druck durch die eigene Bevölkerung auf die jeweiligen Verkehrsminister zu machen.

www.gdba.de www.verdi-bayern.de

Das Ziel: 1 Millionen Unterschriften gegen Lohndumping

Wenn Sie auch der Meinung sind,

- dass der öffentliche Nahverkehr eine Leistung der Städte und Landkreise bleiben soll
- dass Sie als Kunde in Ihrer Stadt bzw. in Ihrer Gemeinde vor Ort weiterhin frei entscheiden können, wie Sie Ihren öffentlichen Nahverkehr erbringen lassen
- dass Ihre Stadt bzw. Ihre Gemeinde weiterhin selber entscheiden kann, wie oft und in welcher Qualität der Nahverkehr fah-

ren soll und dafür abgesichert sein muss,
• dass der öffentliche Nahverkehr für Sie eine hohe Qualität bietet
• dass der öffentliche Nahverkehr hohe Umweltstandards erfüllt, um die Belastung der Umwelt so niedrig wie möglich zu halten
• dass der öffentliche Nahverkehr sicher für Sie und die Beschäftigten unterwegs ist
• dass die Beschäftigten im Nahverkehr eine hohe Qualifikation und gute Arbeitsbedingungen haben, um gute Qualität in ihren Bussen und Bahnen zu erbringen, dann unterschreiben Sie hier!

10. Mai: Aktionstag gegen Kürzungen bei Bahn und Bus in NRW

DÜSSELDORF. Mit einem landesweiten Aktionstag gingen Verkehrsunternehmen und -verbünde, Zweckverbände und Fahrgäste unter aktiver Einbeziehung der Kommunalpolitik am 10. Mai gemeinsam gegen die von der Bundesregierung geplanten Mittelkürzungen im Nahverkehr vor. Dazu hat das NRW-Aktionsbündnis „Gegen Kürzungen bei Bahn und Bus“ mehr als eine Million Postkarten in zahlreichen Städten verteilt. Die Fahrgäste konnten durch ihre Unterschrift ihre Ablehnung gegen die Kürzungspläne zum Ausdruck bringen. Die unterschriebenen Postkarten wurden in bereit gestellten Boxen gesammelt und gehen in der kommenden Wo-

che an die Bundespolitik in Berlin. „Diese Art von Solidarität braucht der Nahverkehr, denn sollten die Kürzungspläne in die Tat umgesetzt werden, wären die Folgen gerade in Nordrhein-Westfalen katastrophal: Jede fünfte Bahnverbindung könnte wegfallen, auch Bus und Stadtbahn wären betroffen“, erklärte Martin Husmann, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Agentur Nahverkehr NRW und einer der Initiatoren des NRW-Aktionsbündnisses, auf der zentralen Veranstaltung des Aktionstags in Düsseldorf.
www.gegen-kuerzungen-bei-bahn-und-bus.de

Städte gegen Kürzung der Regionalisierungsmittel für den Nahverkehr

JENA. Der Deutsche Städetag hat die von der Bundesregierung geplante deutliche Kürzung der Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonennahverkehr kritisiert. Die im Haushaltsgesetz vorgesehenen Einschnitte von 2,3 Milliarden Euro bis 2009 stünden im Widerspruch zu den uneingeschränkt positiven Aussagen des Koalitionsvertrages über die Bedeutung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und seiner Förderung auf hohem Niveau. Das erklärte einer der stellv. Präsidenten des Deutschen Städetages, OB Joachim Erwin aus Düsseldorf, am 25. April in Jena im Anschluss an eine Präsidiumssitzung des Spitzerverbandes. „Die Städte und ihre Bürgerinnen und Bürger sind auf einen leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Dazu bedarf es einer gesicherten und hinreichenden Finanzierung. Die vorgesehene Kürzung der Regionalisierungsmittel kann weder von den Verkehrsunternehmen durch mehr Effizienz und härteres Sparen kompensiert noch von den Städten aufgefangen werden. Wir hoffen deshalb auf Veränderungen im Gesetzgebungsverfahren“, so Erwin. Der Städetag erkenne durchaus an, dass Einsparungen auch im Verkehrsbereich notwendig seien. Ein neuer Finanzrahmen müsse jedoch im Zuge der gesetzlich bereits für 2007 vorgesehenen gutachterlichen Überprüfung des Volumens der Regionalisierungsmittel festgelegt werden.

Der Deutsche Städetag appellierte außerdem an die Bundesregierung, die Zweckbindung der Mittel zur Gemeindeverkehrsfinanzierung (GFVG) und das in diesem Gesetz enthaltene Bundesprogramm im bisherigen Umfang von jährlich rund 333 Millionen Euro beizubehalten. „Ohne staatliche Förderung können die Städte die großen Verkehrsinvestitionen nicht verwirklichen, die für eine leistungsfähige städtische Infrastruktur notwendig sind. Außerdem werden in den nächsten Jahren zunehmend kommunale Brücken und Straßen saniert werden müssen. Allein der Sanierungsbedarf für Straßen wird von Experten auf jährlich vier Milliarden Euro geschätzt.“

Hintergrund des Appells ist die Tatsache, dass die große Koalition vereinbart hat, im Zuge der Föderalismusreform das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz abzuschaffen. Den Ländern sollen zwar die bisher gezahlten Beträge in gleichem Umfang wie bisher für einen begrenzten Zeitraum aus dem Haushalt des Bundes zur Verfügung gestellt werden. Doch über das für die Städte wichtige Bundesprogramm für Großvorhaben der Verkehrsinfrastruktur trifft der Koalitionsvertrag keine Festlegung. www.kommunalweb.de

Traditionell war der Status des Krankenhausarztes ein an Entbehrungen und Belastung reiches, aber kurzes Durchgangsstadium zur viel besseren Situation des leitenden oder selbständigen praktizierenden Arztes. Das ist lange vorbei. Die protestierenden Ärzte fordern eine Arbeitssituation, die sich ertragen lässt und eine am Aufwand des Studiums orientierte Entlohnung. Sie versuchen dabei, die für sie günstige Situation auf internationalen Märkten zum Tragen zu bringen. – Mit erheblicher Skepsis fragen sich gewerkschaftlich Erfahrene, ob eine Tarifbewegung, die nicht die Interessen der ganzen Belegschaft repräsentieren will, die Situation der Krankenhausbeschäftigte nachhaltig verbessern kann.

Marburger Bund – Bundesverband: Berlin, Januar 2006

Die Arbeitssituation deutscher Krankenhausärzte

Zahlen, Daten und Fakten zu Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten, Einkommen

Vom Traumjob zum Jobtrauma

Die Arbeitsbedingungen der 146.000 Krankenhausärzte haben sich in Deutschland in den vergangenen Jahren massiv verschlechtert. Überlange Arbeitszeiten, Kürzungen der Einkommen, kurzzeitig befristete Arbeitsverträge und explodierende Bürokratie sind nur die wichtigsten Ursachen, weshalb sich der Arztberuf vom Traumjob zum Jobtrauma gewandelt hat. Mittlerweile würde jeder dritte Krankenhausarzt seinen Beruf nicht mehr ergreifen. Immer mehr Ärzte flüchten in alternative Berufsfelder oder ins Ausland, wo geregelte Arbeitszeiten und bessere Bezahlung locken.

Massive Arbeitsverdichtung

Krankenhausärzte haben in den vergangenen Jahren eine erhebliche Produktivitätssteigerung erbringen müssen. Insbesondere durch die Einführung der diagnosebezogenen Fallpauschalen und die stetige Erhöhung des Patientenaufkommens müssen in immer kürzerer Zeit immer mehr Fälle behandelt werden. In der Zeit von 1991 bis 2004 wurden 10,2 % der Krankenhäuser ge-

schlossen (-245), 20,2% der Betten abgebaut und 2,2 Millionen mehr Patienten versorgt (+ 15,1%). Gleichzeitig sank die Verweildauer um 38% auf 8,7 Tage.

Überlange Arbeitszeiten

Ärztinnen und Ärzte werden in deutschen Krankenhäusern mit katastrophalen Arbeitsbedingungen konfrontiert. Obwohl die Arbeitszeiten tarifvertraglich bei rund 40 Stunden in der Woche liegen, sieht die Arbeitsrealität mit bis zu 80 und mehr Wochenstunden ganz anders aus. Nach einer Erhebung des Marburger Bundes leisten die rund 146.000 stationär tätigen Ärzte jährlich rund 50 Millionen Überstunden im Wert von 1 Milliarde Euro, die überwiegend nicht vergütet werden. Die Ärzte der Berliner Charité beziffern ihre monatlich unvergütete Mehrarbeit auf 85.000 Stunden.

Unzureichende Vergütung

Die Gehälter der Krankenhausärzte entsprechen nicht ihrer anspruchsvollen Ausbildung, der äußerst verantwortungsvollen Tätigkeit und den international üblichen Ärzteeinkommen. Selbst das bereits erwähnte ärztekritische Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung spricht in

der Zeitspanne von 1993 bis 2002 von einem durchschnittlichen realen Nettoeinkommensverlust junger Klinikärzte in Höhe von 7,5%. Gleichzeitig hätten andere im öffentlichen Dienst beschäftigte Akademiker einen Lohnzuwachs von drei Prozent, die Gesamtheit aller Erwerbstätigen sogar einen Zuwachs von sechs Prozent zu verbuchen. Der reale Nettoeinkommensverlust der Krankenhausärzte gegenüber allen übrigen abhängig Beschäftigten beträgt somit kumulativ 13,5%.

Darüber hinaus mussten Ärzte jedoch noch weitere Gehaltskürzungen hinnehmen, die das DIW in seinem Bericht unberücksichtigt ließ. Zu erwähnen ist beispielsweise die einseitige Kündigung von Tarifverträgen zur Arbeitszeit sowie zum Weihnachts- und Urlaubsgeld durch Arbeitgeber. So wurde in vielen Bundesländern die wöchentliche Arbeitszeit der Universitätsärzte ohne Lohnausgleich auf bis zu 42 Stunden erhöht, gleichzeitig strich man ihnen das Urlaubsgeld komplett und reduzierte das Weihnachtsgeld auf rund 60%. Summiert man alle genannten Einkommensverluste der Klinikärzte, so wird die 30%-Marke überstiegen. Dieser Wert würde noch weiter ansteigen, wenn man einerseits die bereits erwähnte millionenfach unvergütete Mehrarbeit und andererseits die durch den neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) resultierenden Gehaltseinbußen hinzurechnen würde.

Bruttostundenlohn: 11,80 Euro

Das DIW gibt den monatlichen Nettoverdienst eines jungen Klinikarztes mit 2.009 Euro an, pro Stunde sollen es netto 10,80 Euro sein. Abgesehen davon, dass die Berechnungsgrundlage nicht die unvergütete Mehrarbeit berücksichtigt, stellt sich schon die Frage, ob sich

Krankenhaus-Info der Verdi Betriebsgruppe Klinikum Stuttgart

Einkommen von Ärzten

In der Diskussion um die Berechtigung der Forderungen des Marburger Bundes spielen auch immer wieder Vergleichszahlen zwischen Arzteinommen und anderen Einkommen eine Rolle. So wurde z.B. des öfteren behauptet, dass Ärzte weniger verdienen würden als ein Facharbeiter oder als andere Akademiker. Hierzu ein paar Fakten:

Gemäß Tarifvertrag der IG Metall für die Bezirke Südbaden/ Südwestberg/ Hohenzollern, aber auch für Nordwürttemberg/ Nordbaden verdient ein Facharbeiter einen Monatsgrundlohn von 1855 Euro, hinzu können (bei einem Teil der Belegschaft) bis zu maximal 60% Zulagen kommen (40% Leistungs- zulage und 20 % individuelle Zulagen), macht zusammen maximal 2968 Euro.

Hinzu kommen bei Schichtarbeit zwischen 365 Euro bei Zwei-Schichtbetrieb und 534 Euro bei Drei-Schichtbetrieb).

Dem gegenüber verdienen Ärzte ein Grundgehalt von 3060 Euro, das bis 5100 Euro ansteigt. Zusätzlich erhalten Oberärzte eine Funktionszulage von 250 Euro und Vertreter des Chefarztes 350 Euro. Zu dieser Grundentlohnung kommen die Bereitschaftsdienste und Überstundenvergütungen hinzu – im Klinikum zwischen 600 und 2000 Euro. Des Weiteren kommen hinzu Poolbeteiligungen der Chefärzte (im Klinikum in einer Größenordnung von einigen hundert Euro bis mehrere tausend Euro). Da kommen schnell mal 4000 (jung) bis 8000 Euro (FA) und mehr (OA) zusammen.

Zusätzlich muss man wissen, dass Ärzte innerhalb des TVÖD die einzigen Akademiker sind, die in Entgeltgruppe 14 beginnen. Weiter sind sie aus der allgemeinen Entlohnungssystematik noch dadurch herausgehoben, dass der Geld-

betrag der Stufen 3, 4 und 5 jeweils um eine Stufe angehoben wurde.

Jetzt kann man natürlich vertreten, dass das immer noch zu wenig sei und dass es im internationalen Vergleich Länder gibt, in denen Ärzte mehr verdienen.

Seriöser Weise müsste man dann aber den Lebensstandard und alle weiteren Bedingungen dieser Länder dagegen rechnen. Zwischenzeitlich haben mehrere Studien belegt, dass – wie alle Arbeitnehmer in Deutschland – auch die Ärzte im europäischen Durchschnitt einen Mittelpunkt belegen.

All dies spricht natürlich nicht dagegen, mehr Geld zu fordern. Es spricht aber sehr wohl dagegen, zu behaupten, dass man schlechter verdienen würde als andere und vor allem spricht es dagegen, seine eigenen Interessen nicht gemeinsam mit den anderen Berufsgruppen oder sogar gegen die Interessen anderer durchzusetzen.

12 300 Ärzte legen zu Beginn der Streikwoche Arbeit nieder

Zu Beginn der Streikwoche an 25 Universitätskliniken und 14 psychiatrischen Landeskrankenhäusern haben heute (15. Mai) rund 12 300 Ärztinnen und Ärzte ihre Arbeit niedergelegt. Nach dem Scheitern eines Spitzengesprächs mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hatte die Ärztegewerkschaft Marburger Bund (MB) zum Wochenstreik aufgerufen. Die Verschärfung der Streiks sei die direkte Antwort auf das letzte Angebot der Arbeitgeber ... „Die angebotene Erhöhung der Grundvergütung stelle sich rasch als Nullsummenspiel heraus, da für das bereits gestrichene Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie für die Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 42 Stunden kein Ausgleich gezahlt werden sollte.“

Das Angebot sei insbesondere für die

Ärzte in den neuen Bundesländern eine Kampfansage. Während die TdL im Westen eine Erhöhung der Grundvergütung um bis zu 500 Euro vorschlug, sollten sich Ärzte im Osten mit nur 100 Euro mehr im Monat zufrieden geben. Ziehe man die Streichung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes sowie die Erhöhung der Wochenarbeitszeit ab, bleibe zum Schluss sogar eine Einkommenskürzung.“ Trotz verhärteter Fronten zeigte sich Montgomery grundsätzlich verhandlungsbereit. Gespräche mit der TdL machten aber erst wieder Sinn, wenn die Arbeitgeber mit einem anständigen Angebot auf die Ärztegewerkschaft zukämen. Montgomery: „Herr Möllring muss endlich begreifen, dass die Zeiten der Ärzteausbeutung ein für allemal zu Ende sind.“

ein Klinikarzt nach einer aufwändigen Medizinerausbildung und angesichts der massiven Arbeitsbelastung sowie der äußerst verantwortungsvollen Tätigkeit, die oftmals über Leben und Tod von Menschen entscheidet, mit diesem Gehalt zufrieden geben soll.

Für eine empirisch haltbare Studie müssen jedoch bei der Berechnung der Ärzteinkommen wenigstens die realen Arbeitsbedingungen mit unvergüteter Mehrarbeit berücksichtigt werden. Auf dieser Grundlage ergibt sich bei einem jungen Assistenzarzt, der nach Bundesangestelltentarifvertrag vergütet wird und 60 Stunden in der Woche arbeitet, ein Bruttostundenlohn von 11,80 Euro.

TVöD ist finanzielles Horrorszenario

Diejenigen Ärzte, die fortan nach dem neuen Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) vergütet werden, werden im Vergleich zum BAT massive Gehalteinbußen hinnehmen müssen. Das Statistische Bundesamt gibt das durchschnittliche Absolventenalter im Fach Humanmedizin mit 28,5 Jahren an. Realistische Berechnungsgrundlage ist somit ein 29jähriger Berufseinsteiger. Als Verheirateter wird er im Vergleich zum BAT beim neuen TVöD nach zehn Jahren rund 31.300 Euro weniger verdienen, nach 20 Jahren zirka 67.900 Euro. Als lediger Berufseinsteiger belaufen sich die Einkommensverluste nach zehn Jahren auf rund 17.600 Euro, nach 20 Jahren auf rund 40.500 Euro. Hierbei sind zusätzliche Gehaltskürzungen durch den Wegfall des Kinderzuschlages und durch Rückstufungen bei Arbeitgeberwechsel noch gar nicht berücksichtigt.

Fazit

Will Deutschland den internationalen Wettbewerb um die besten Ärzte gewinnen und soll hierzulande auch

Auslandsinvestitionen steigen. – FAZ, Fr, 12.5.06. Wegen schlechter Standortbedingungen in Deutschland, sagt G. L. Braun, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, seien die Auslandsinvestitionen deutscher Unternehmen in diesem Jahr auf 41 % gestiegen. Das mache 50 000 Arbeitsplätze in der Industrie aus. Lt. einer Umfrage des DIHK zum Auslandsengagement habe ergeben, dass 39 % der Firmen auch in Deutschland investieren würden bei entsprechend guten Bedingungen. Die Auslandsinvestitionen werden vor allem in den neuen, im Jahr 2004 eingetretenen EU-Mitgliedsländer Mittel- und Osteuropas getätigt.

Industrie fordert transatlantischen Marktplatz. FAZ, Mi, 3.5.06. Eine enge transatlantische Zusammenarbeit der Unternehmen brächte große Vorteile mit sich, um im globalen Wettbewerb erfolgreich zu sein, so BDI-Präsident J. Thumann: „Der BDI ist gerne bereit, eine Plattform für den notwendigen Gedankenaustausch zwischen Politik und Wirtschaft zu bieten.“ Zur Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen sei es notwendig, eine Reihe von nichttarifären Handelshemmnissen aus dem Weg zu räumen. Das betreffe die Zertifizierung und ebenso wie eine Vereinheitlichung der Rechnungslegungsvorschriften. Die vergleichsweise geringe Bürokratie sei ein großer Vorzug des Standorts Vereinigte Staaten, den auch deutsche Unternehmer sehr schätzten. „Hier macht es Spaß, Unternehmer zu sein, die Regierung mutet den Bürgern und den Unternehmern mehr Freiheit und Eigenverantwortung zu. Das schlägt sich in einer hohen Flexibilität der Wirtschaft nieder. In Deutschland fühlten sich die Unternehmer häufig, als seien sie an Armen und Beinen gefesselt.“ Thumann verwies darauf, dass rund 3000 deutsche Unternehmen in Amerika tätig seien und zusammen rund eine Million Mitarbeiter beschäftigten.

BDA äußert Kritik an Gleichbehandlungsgesetz. FAZ, Do, 4.5.06. Der Inhalt des Gleichbehandlungsgesetzes gehe immer noch weit über die europarechtlichen Vorgaben hinaus, so D. Hundt, BDA-Präsident. Der Entwurf enthalte mehr Diskriminierungsmerkmale als es die EU-Richtlinien fordern. Zudem erhielten die Betriebsräte und Gewerkschaften ein „faktisches Verbandsklagerecht“. Das Gesetz belaste die Wirtschaft mit weiterer Bürokratie und unnötiger Rechtsunsicherheit. Es werde ein erster Testfall für die Wirksamkeit des von der Bundesregierung geplanten Normenkontrollrats zur Entbürokratisierung. Der BDI bezeichnete den Entwurf „als alter Wein in neuen Schläuchen“.

Presseauswertung: rst

WASG Bundesvorstand: Keine konkurrierenden Wahlantritte in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern: Der Bundesvorstand der WASG hat in seiner Sitzung am 13./14.5.2006 in Fürth die Ergebnisse des Ludwigshafener Parteitages beraten. Gegenstand der Beratungen war auch die Situation in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Der Bundesparteitag hatte beschlossen, konkurrierende Wahlantritte zwischen Linkspartei und WASG auszuschließen. Der Bundesvorstand wurde aufgefordert, „alle Maßnahmen zu prüfen und ggf. zu ergreifen, um dem Willen des Bundesparteitages Geltung zu verschaffen“ sowie „die getroffenen Vereinbarungen zwischen Linkspartei.PDS und WASG über eine künftige Politik in Berlin weiterzuentwickeln und durchzusetzen“.

Seit Monaten ist der Bundesvorstand der WASG im Dialog mit den Landesverbänden Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Er bedauert, dass das Anliegen der Gesamtpartei von den Landesverbänden Berlin und Mecklenburg-Vorpommern nicht respektiert wurde. Nach Abwägung aller juristischen und politischen Risiken und Möglichkeiten beschloss der Bundesvorstand, die Vorstände beider Länder ihres Amtes zu entheben und durch Beauftragte zu ersetzen, die namens der Landesvorstände die bereits eingereichten Wahlbeteiligungsanzeigen zurückzuziehen. Für Berlin sind Hüseyin Aydin, stellvertretend Peter Vetter, für Mecklenburg-Vorpommern Volker Schneider, stellvertretend Werner Dreibus eingesetzt. Mit der Umsetzung dieses Beschlusses wird entsprechend des Bundesparteitagsbeschlusses in beiden Ländern eine Wahlbeteiligung unter dem Namen der WASG nicht stattfinden und werden gleichzeitig Parteiausschlüsse und eine Auflösung der Landesverbände in der WASG vermieden.

Der Bundesvorstand begrüßte die Entscheidung des Berliner Landesparteitages der Linkspartei.PDS, die im April von Berliner Mitgliedern beider Parteien vorgestellten „Inhaltlichen Positionen für einen gemeinsamen Wahlkampf von Linkspartei.PDS und WASG in Berlin“ als Grundlage der Kandidatur zu den Abgeordnetenhauswahlen zu beschließen. Weiter begrüßte der Bundesvorstand die Entscheidung der bundesweiten Steuerungsgruppe aus Linkspartei.PDS und WASG, zur Umsetzung des Kooperationsabkommens III im Land Berlin vier ihrer Mitglieder zu beauftragen, um „einvernehmlich und kooperativ über die Form des Antritts und der Listennomination“ zu entscheiden. Dazu gehört auch die Weiterentwicklung gefundener gemeinsamer Positionen, Freiheits-, Arbeits- und soziale Rechte zu verteidigen, für die stärkere Belastung großer Einkommen und Unternehmen

einzutreten (Vermögenssteuer, Anhebung Spaltensteuersatz), Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Daseinsfürsorge (u.a. Verkehr, Energie, Wasser, Gesundheit, Bildung, Wohnung) zu stoppen und sukzessive rückgängig zu machen.

WASG Berlin: Für eine demokratische und konsequent anti-neoliberale Partei:

Zur Absetzung des Landesvorstands der WASG Berlin durch den Bundesvorstand der Partei erklärt Lucy Redler, abgesetztes Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands der WASG Berlin und Spitzenkandidatin zu den Abgeordnetenhauswahlen: Nicht der Landesverband Berlin der WASG, sondern der Bundesvorstand verstößt gegen die Grundsätze der Partei. Die WASG wurde als breite, demokratische Sammlungsbewegung gegen den Neoliberalismus gegründet. Das Gründungsprogramm schließt eine Teilnahme an Regierungen, die Sozialabbau und Privatisierungen betreiben, aus. Die eigenständige Kandidatur der WASG Berlin steht im Einklang mit den Grundsätzen der Partei. Sie ist eine traurige Notwendigkeit aufgrund der unsozialen Politik des SPD/Linkspartei.PDS-Senats in der Stadt. Sie wird – wie die schnelle erfolgreiche Sammlung von 2300 Unterstützungsunterschriften bezeugt – von vielen BerlinerInnen begrüßt. Der Bundesvorstand geht mit Ordnungsmaßnahmen gegen einen Landesverband vor, der nur das Recht für sich in Anspruch nimmt, selbständig über Landespolitik zu entscheiden. Dieses Vorgehen hat nichts mit der demokratischen Kultur der neuen Linken zu tun; es zeugt vielmehr von der autoritär-zentralistischen Kultur, an der die „alte“ Linke gescheitert ist.

Ich bin sicher, dass diese Maßnahme vor Gericht keinen Bestand hat. Der Landesparteitag der WASG Berlin wird am kommenden Dienstag über die Absetzung des demokratisch gewählten Vorstandes befinden und endgültig über die Frage der eigenständigen Kandidatur entscheiden.

Es geht nicht um einen Konflikt zwischen dem Berliner Landesverband und dem Rest der WASG. 48 Prozent der Delegierten des Bundesparteitags hatten sich gegen administrative Maßnahmen ausgesprochen. Mit seinem rücksichtslosen Vorgehen bringt der Bundesvorstand die Partei an den Rand der Spaltung und agiert gegen eine größtmögliche Einheit der Linken.

Ich rufe alle WASG-Mitglieder auf, in der Partei zu bleiben und gemeinsam für eine demokratische und konsequent anti-neoliberale Partei zu kämpfen.

Das ist eine wichtige Voraussetzung, um eine vereinigte neue Linke zu schaffen, die diesen Namen auch verdient. *Erklärung vom 14.5.2006*

Linkspartei.PDS-Landesparteitag

Berlin beschließt Wahlprogramm: Der Landesparteitag Berlin hat am 6. Mai ein Wahlprogramm unter dem Motto „Gemeinsam sind wir Stadt“ beschlossen und auch inhaltliche Angebote für einen gemeinsamen Wahlkampf mit der WASG beschlossen. Harald Wolf erklärt in der Diskussion:

„Ich freue mich deshalb, dass viele aus der Berliner WASG mit uns zusammengehen wollen, wie es sich in der Rixdorfer Erklärung dokumentiert, in der Erklärung, zu der wir auf dem letzten Parteitag per Akklamation unsere Zustimmung dokumentiert haben. Ich finde, dass das eine gute Grundlage ist für einen gemeinsamen Wahlkampf und die gemeinsame Kooperation. Der Entwurf des Wahlprogramms zeigt ja auch den Grad von Übereinstimmung, den wir an dieser Stelle haben. Deshalb: Herzlich Willkommen, liebe Genossinnen und Genossen! Lasst uns gemeinsam streiten und deutlich machen, es gibt Menschen in dieser Stadt, die trotz unterschiedlicher politischer Herkünfte gemeinsam für das Projekt einer Linkspartei auch in Berlin streiten und bei den Abgeordnetenhauswahlen erfolgreich sein wollen.

... Ich rufe hier noch einmal in Erinnerung: Berlin zahlt immer noch sieben Millionen Euro täglich an Zinsen ...

Vor wenigen Tagen hat die erste mündliche Verhandlung vor dem Verfassungsgericht stattgefunden, die zwei Dinge deutlich gemacht hat. Erstens wurde deutlich, dass Berlin die Chance hat, diese Klage erfolgreich zu bestehen. Zum zweiten wurde deutlich – das war vorher bei vielen Berlinern und auch den Berliner Medien nicht klar –, dass diese Klage kein Selbstgänger ist. Es gibt massiven Widerstand gegen diese Klage von Seiten der Bundesregierung und der anderen Bundesländern. Das betrifft alle Bundesländer bis auf die beiden anderen Haushaltsnotlagenländer Saarland und Bremen. In dieser Verhandlung wurde Berlin pemibel vorgerechnet, dass Berlin pro Kopf 1.000 Euro mehr ausgibt für Bildung als z.B. das Bundesland Hessen. Uns wurde vorgeworfen, dass wir eine Kita-Ausstattung haben, die deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt. Das muss auch gegenüber den anderen Bundesländern und gegenüber dem Bund verteidigt werden. Ich bin froh, dass dieser Senat bisher – es gibt auch kein Anzeichen dafür, dass sich diese Haltung ändert – die Position eingenommen hat: Ja, es gibt „Ausstattungsvorsprünge“ zu denen wir stehen, weil wir sie für politisch für sinnvoll halten und weil wir jetzt nicht das abbauen, was wir an Errungenschaften haben, die andere Bundesländer versuchen, mühsam in den nächsten zehn Jahren aufzubauen.“ *Zusammenstellung: jöd*

„Frauen, die nach ihren Lebensvorstellungen leben wollen, müssen bestärkt werden“



Evrim Baba

Frage: Der „Ehrenmord“ an der Kurdin Hatun Sürütü und der Prozess gegen ihre Brüder hat zu einer heftigen öffentlichen Debatte geführt. Ist das angemessen oder wird hier künstlich skandalisiert und instrumentalisiert?

Evrim Baba: Der Mord an Hatun ist ein furchtbare Verbrechen. Ich bin auch strikt dagegen, solche Taten mit irgendwelchen Argumenten zu relativieren – es gibt für mich keine kulturellen oder religiösen Rechtfertigungen für solche Menschenrechtsverletzungen. Das ist auch die Botschaft des Urteils gegen Hatuns Bruder. Es darf bei den Menschenrechten keinen Rabatt für Kulturdifferenzen geben. Auf der anderen Seite gibt es in meinen Augen klare Anzeichen für eine künstliche Skandalisierung und Instrumentalisierung dieses Themas. Es gibt, soviel ich weiß, keine Zunahme solcher „Ehrenmorde“. Bundesweit hab ich kürzlich eine Zahl gelesen von ca. 50 solcher „Ehrenmorde“ in den letzten fünf Jahren. Ich glaube, die Zahl geht auf eine Untersuchung von „Terre des femmes“ zurück. Es ist für mich geradezu absurd, wenn Leute wie Schönbohm und Stoiber sich jetzt angeblich für Frauenrechte einsetzen. Die gleichen Politiker lehnen seit Jahren geschlechtsspezifische Verfolgung von Frauen als Asylgrund ab. Konservative und andere Kreise wollen dieses Thema offensichtlich instrumentalisieren für ihren „Kampf der Kulturen“. Das lehne ich entschieden ab.

Frage: Siehst du Anhaltspunkte für eine Beteiligung der Familie an dem Mord?

Evrim Baba: Anhaltspunkte für ein „Ehrengericht“ der Familie habe ich von Anfang an gesehen. Der jetzt verurteilte Bruder hat das ausdrücklich gesagt. Die Schwester von Hatun hat im Verfahren sogar gesagt, Hatun sei jetzt „im Paradies“. Aber am Ende gab es, so das Gericht, keine tragfähigen Beweise für eine Verurteilung der anderen Brüder. Man kann niemand wegen einer Möglichkeit oder vom Hörensagen verurteilen. Wo leben wir denn? Zum Glück leben wir in einem Rechtsstaat. Ich finde es eher erstaunlich, dass sich das Gericht in seiner Urteilssprechung nicht von dem Mainstream vor dem Urteil hat beirren lassen. Die Staatsanwaltschaft hat jetzt Revision gegen das Urteil eingelegt. Wir werden sehen und haben zu akzeptieren, was die Gerichte entscheiden.

Frage: Sind „Ehrenmorde“ ein kurdisches oder arabisches Problem?

Evrim Baba: Keineswegs. In der deutschen Literatur gibt ja auch es zahlrei-

che Beispiele dafür. Unzählige Krimis handeln noch heute davon. Im 19. Jahrhundert soll es solche Fälle vor allem im Adel und in anderen Kreisen mit übersteigertem Ehrgefühl beinahe regelmäßig gegeben haben. Insofern sind „Ehrenmorde“ keineswegs ein kurdisches, arabisches oder muslimisches Problem. Aber es gibt heute auf der anderen Seite schon noch kurdische oder arabische oder türkische Familien, die mit Wertvorstellungen leben, die von unserer Gesellschaft weit entfernt sind. Solche Familien gibt es in der Türkei, in Kurdistan und auch hier bei uns. Aber ihr Anteil ist viel kleiner, als gelegentlich behauptet wird. Unter den Kurden sind diese Familien eine kleine Minderheit, ich schätze, weniger als zehn Prozent. Ein großer Teil der Kurden sind bekanntlich alevitisch. Bei den Aleviten kommen sowohl Zwangsverheiratungen als auch Ehrenmorde kaum vor. Auch unter den politisierten Kurden kommen solche Dinge ganz selten vor.

REAKTIONEN

„Eine Schande für alle Türken“

Leiter des Zentrums für Türkeistudien fordert Ausweisung der Ehrenmord-Familie

... Auch im Lager der türkischen Gemeinden in Deutschland herrscht vielerorts Empörung. Der Leiter des Zentrums für Türkeistudien in Essen, Faruk Sen, ruft seine Glaubensbrüder zur Ächtung von Ehrenmorden auf. Mit ihm sprach Kristian Frigelj.

Die Welt: Welche Reaktionen hat der Ehrenmord an Hatun Sürütü bei den türkischen Einwanderern in Deutschland ausgelöst?

Faruk Sen: Das ist eine Schande für die gesamte türkische Gemeinde. Bei den meisten ist Entsetzen zu spüren. Das Zentrum für Türkeistudien ruft die Moscheen und türkischen Selbstorganisationen dazu auf, Ehrenmorde zu ächten. Gewalt gegen Frauen, das gehört weder zum Islam noch zur modernen türkischen Kultur. Man muss aber sagen, dass die Türkei Ehrenmorde bis 2004 als Kavaliersdelikte behandelt hat und erst dann schärfere Strafen eingeführt hat. Die Leute hatten wenig Angst vor Strafe.

Die Welt: Ist das Urteil im Ehrenmordprozess gerecht?

Sen: Das Urteil ist zu mild. Damit ermutigt man eher zu solchen Ehrenmorden. Ich hätte den jüngeren Bruder härter bestraft und bei den beiden älteren nachgewiesen, dass sie daran beteiligt gewesen sind. Bei einem Ehrenmord ist klar, dass die Familien dies beschlossen hat. Man müsste die ganze Familie bestrafen. Ein Ehrenmord ist eigentlich zweifacher Mord: Man lässt die Tochter ermorden und macht das Leben des Jüngsten kaputt.

Die Welt: Im deutschen Strafrecht wird aber nach eindeutigen Beweisen und nicht nach Vermutungen und Überlieferungen geurteilt. Sehen Sie einen Ausweg aus dem Dilemma des Sürütü-Prozesses?

Sen: Es hat ja Hinweise gegeben, dass die älteren Brüder an der Tat mitgewirkt haben. Da muss man mit der Türkei eng zusammenarbeiten und Gutachter bestellen. Es muss einen juristischen Weg geben, die Beteiligung der gesamten Familie festzustellen. In jedem Fall müssen solche Leute ihre deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt bekommen und ausgewiesen werden. Das sollte nicht nur für die Familie Sürütü gelten, sondern für all jene Familien, die Ehrenmorde durchgeführt oder auch geplant haben...

(Die Welt, 22. April 2006)



Hatun Sürütü

Viele Kurden sind eher links und haben ganz andere gesellschaftspolitische Ziele.

Frage: Es gibt auch türkische Stimmen, z.B. vom Leiter des Zentrums für Türkeistudien, Faruk Sen, die die gesamte Familie verurteilen wollen.

Evrin Baba: Bei Faruk Sen habe ich den Eindruck, dass da sein Kemalismus und sein Hass auf Kurden mit ihm durchgeht. Er dokumentiert in meinen Augen ein fragwürdiges Verhältnis zum Rechtsstaat, zu Schuldprinzip und Ablehnung von Kollektivstrafen und damit auch zu Menschenrechten. Mehr will ich dazu nicht sagen.

Frage: Auch der Berliner SPD-Innen-senator Körting hat die Familie nach dem Urteil aufgefordert, Berlin und die Bundesrepublik zu verlassen. Ist das nicht ein Verstoß gegen rechtsstaatliche Prinzipien?

Evrin Baba: In der Tat. Die Forderung von Körting ist erstens rechtlich nicht zu machen. Wir haben ein Täterstrafrecht, das individuellen Schuldna-chweis verlangt, und das ist auch gut so. Körtungs Forderung löst auch kein Pro-

blem. Wir brauchen ein gesellschaftliches Klima, das derartige Taten nicht akzeptiert. Frauen und generell Familienmitglieder, die nach ihren Lebensvorstellungen leben wollen, müssen von unserer Gesellschaft darin bestärkt werden.

Frage: Junge Frauen, die sich aus der Kontrolle und auch Unterdrückung in der Familie lösen, hat es immer gegeben – gerade auch im Kontext der türkisch-kurdischen Arbeitsmigration nach Deutschland. Haben es junge Frauen mit Migrationshintergrund heute schwerer, sich selbstständig zu machen? Sollte die Politik hier mehr tun?

Evrin Baba: Genau das meine ich. Ihnen gilt es, Hilfe- und Schutzangebote zur Verfügung zu stellen. Vor allem brauchen sie Unterstützung dabei, ihren Aufenthalt und ihre Existenz auch un-

Zahl der „Ehrenmorde“ sinkt

Aber die Mentalität ändert sich in der Türkei nur langsam

Strenge Gesetze und gesellschaftliche Anstrengungen – das sind nach Meinung von Experten in der Türkei die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Kampf gegen „Ehrenverbrechen“. Seit einiger Zeit sinkt die Zahl der „Ehrenmorde“ im Land. Ein Grundsatzurteil des Obersten Berufungsgerichtshofes trug ebenso dazu bei wie ein Wandel in der gesellschaftlichen Wahrnehmung. ... Im Zuge einer groß angelegten Strafrechtsreform hatte die Türkei erst im vergangenen Jahr gesetzliche Bestimmungen abgeschafft, die es Tätern bei „Ehrenmorden“ ermöglichten, mit milden Strafen davon zu kommen. Die bis zu der Reform geltende Strafminderung bei „Ehrenmorden“ gab den meist weiblichen Opfern eine Mitschuld an ihrem Schicksal: Sie hätten mit einem unschicklichen Lebenswandel ihre Familie zur Gewaltanwendung getrieben, lautete das Argument. Seit Juni 2005 ist damit eigentlich Schluss – deshalb sorgt der neue „Ehrenmord“-Fall in Diyarbakir derzeit für Empörung in der Öffentlichkeit. Das Gericht in Diyarbakir hat es wie die Richter im Fall Sürütü in Berlin mit minderjährigen Tätern zu tun. Ein 14-jähriger Junge, dessen Name nur mit den Initialen A.T. angegeben wird, hatte nach dem Beschluss des Familienrats das Feuer auf seine 21-jährige Schwägerin Nurcan eröffnet, um den „Fleck auf der Ehre der Familie zu tilgen“: Während Nurcans Mann Ferit seinen Wehrdienst ableistete, hatte sie ein Verhältnis mit einem anderen Mann begonnen. ... Nurcan überlebte und versteckte sich inzwischen in einem Frauenhaus. Unterdessen wurde Nurcans Liebhaber von

seinem minderjährigen Bruder erschossen. Die beiden jugendlichen Täter hätten „unter Provokation“ gehandelt, erklärte die Staatsanwaltschaft. Deshalb und wegen des Jugendstrafrechts sollen beide nur für jeweils sieben Jahre ins Gefängnis. Dabei hatte der Oberste Berufungsgerichtshof erst vor einem Monat klargestellt, dass es bei „Ehrenmorden“ nicht um Provokation gehe, sondern um den Versuch, „einer schlimmen Sitte Geltung zu verschaffen, die nicht unter dem Schutz des Rechtes stehen kann“. Im vergangenen Jahr hatte ein Gericht nach einem „Ehrenmord“ gleich mehrere Mitglieder einer Sippe zu Haftstrafen von insgesamt 130 Jahren verurteilt. Türkische Frauenpolitikerinnen sehen in solchen Urteilen erste Zeichen für einen Mentalitätswandel in der Justiz und zur gesellschaftlichen Ächtung der so genannten Ehrenverbrechen. Am Ziel ist die Türkei aber noch lange nicht, sagt Sezgin Tanrikulu, der Vorsitzende der Anwaltskammer Diyarbakir ... Auch Tanrikulu beobachtet einen Rückgang der „Ehrenverbrechen“. Wahrscheinlich sei dies aber keine Folge der Strafrechtsreform, sondern Konsequenz einer neuen Haltung in der Gesellschaft, sagte Tanrikulu unserer Zeitung. „Ehrenverbrechen“ gelten in weiten Teilen der Öffentlichkeit heute als kriminelle Selbstjustiz, nicht mehr als Ausdruck altehrwürdiger Sitten...

(*Neue Zürcher Zeitung*, 20.4.2006)

Auszüge aus Leserbriefen in Berliner Zeitungen

„Ein deutsches Gericht hat in seinem Urteil die Tatsache nicht gewürdigt, dass der Mörder bei einem angeblichen ‚Ehrenmord‘ immer in den betroffenen Familien bestimmt wird ... Man kann nur hoffen, dass sich die nächste In-

stanz bei ihrem Urteil nicht ebenfalls der Lebenswirklichkeit im Handeln menschenverachtender Familienclans verschließt.“

(*Prof. D. Baumgarten, Berlin, „Tagesspiegel“*, 23.4.2006)

„Es ist kaum vorstellbar, dass die Familie von der Tat ihres jüngsten Sohnes überrascht worden ist. Für derartige Mordurteile werden die jüngsten Söhne vom Familienrat ausgesucht, weil sie unter das Jugendstrafrecht fallen... Cem Özdemir hat völlig Recht mit seiner Forderung, mehr Richter und Staatsanwälte aus Migrantengesellschaften den Weg in die Gerichtssäle zu ebnen. Nur sie sind wirklich in der Lage, die archaischen Familienstrukturen zu begreifen, die solche Verbrechen erst möglich machen.“

(*Jürgen Roth, Bezirksvorstand Tempelhof-Schöneberg Bündnis 90/Die Grünen, „Tagesspiegel“*, 23.4.2006)

„Wann endlich gilt das Erwachsenenstrafrecht für unter 21-jährige (auch Deutsche) – denn sie wissen sehr wohl, was sie tun?“

(*Dr. U. Klein, Berlin, „Tagesspiegel“*, 23.4.2006)

„Der Mörder, 1986 in Deutschland geboren, ... wuchs in einer archaisch denkenden Familie auf, die inmitten einer gleichgültigen, größtenteils vom Bazillus der multikulturellen Irrelehr infizierten deutschen Gesellschaft altertümliche Verhaltensweise aufrecht erhielt. Es ist nach dieser Tat und anderen höchstes Gebot, dass die Bundesregierung ihre Ausländerpolitik umstellt. Mörder sind nach Verbüßung ihrer Strafe bedingungslos auszuweisen.“

(*Prof. Dr. Heinz Odermann, Berlin, „Berliner Zeitung“*, 22./23.4.2006)

abhängig von der Familie aufbauen zu können. In Berlin verfügen wir über professionelle Hilfsangebote, für die entsprechende Änderung im Aufenthaltsrecht setzen wir uns ein. Wir brauchen endlich ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen, unabhängig von ihrem Ehemann. Auch hier sind es gerade die Konservativen wie Stoiber, Schönbohm & Co, die seit Jahren solche Regelungen verhindert haben.

Das Interview führte Rüdiger Lötzer am 27. April 2006.

Rezensiert: Thomas Hanke, Der neue deutsche Kapitalismus

Die Bürgergesellschaft und ihre blinden Flecken

Der Verfasser ist nach Stationen bei der „Zeit“ und der „Financial Times Deutschland“ Leiter des Ressorts Meinung im „Handelsblatt“. Seine Botschaft: „Deutschland steckt zwar in einer ökonomischen und politischen Krise – aber es ist keine Stagnationskrise, sondern eine produktive Wachstumskrise.“

Um es gleich vorweg zu sagen: Das Buch lohnt sich – auch für Linke. Hanke skizziert eine Fülle von Veränderungen der letzten Jahre – natürlich aus seiner liberalen Sicht. Er beschreibt damit aber Herausforderungen, denen sich auch linke Politik stellen muss.

Gleich in der Einleitung geht es los. „Die D-Mark als ebenso solide wie unverdächtige Bezugsgröße hat mit der Europäischen Währungsunion ausgedient ... Die Bundesbank, jahrzehntelang ein ... unantastbarer nationaler Rat der Weisen, ist in kürzester Zeit auf Normalmaß gebracht worden.“ (S. 10)

Dem werden auch Linke vermutlich nicht widersprechen. Nur: Was ist das linke Konzept für Europa, etwa das der Linkspartei PDS, der Gewerkschaften? Statt klarer emanzipatorischer Ziele und praktischer Anstrengungen findet sich hier auf der Linken noch heute viel folgenlose Rhetorik bis hin zu nationalistischen Reflexen und schlichten Anti-EU-Positionen.

Zweite Änderung, die Hanke beschreibt: Die „Deutschland AG“, das eingespielte Kartell von Industrieunternehmen und Privatbanken mit ihren Überkreuz-Beteiligungen, Schachtelpreiviliegen usw., sei beendet. „Die Scharnierfunktion der Banken, die durch ihre Kreditvergabe und ihre Positionen in den Leitungsgremien der größten Unternehmen letztlich deren Geschicke mitgestalteten, sie aber gleichzeitig gegen Einflüsse aus dem Ausland abschirmten, existiert nur noch rudimentär.“ (S. 13) Inzwischen

haben die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die Allianz und Münchener Rück ihre Industriebeteiligungen fast vollständig abgestoßen. Diese Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Industrieunternehmen und Banken ist vor allem das Werk von Hans Eichel und seiner Steuerreform, die Veräußerungsgewinne steuerfrei stellte und so den Banken den Weg frei machte zur Auflösung ihrer Industriebeteiligungen.

Dritte Änderung laut Hanke: „Der Korporatismus, also die für Deutschland typische starke Beteiligung der Verbände an den politischen Entscheidungsprozessen, funktioniert nicht mehr wie früher. Konsens ist nicht mehr das Maß aller Dinge.“ (S. 13) Dazu gehören auch ein neues Verhältnis von Markt und Staat.

Auch dazu fallen einem sofort umstrittene linke Thesen ein, zum Beispiel die von der „Herrschaft des Finanzkapitals über das industrielle Kapital“, Münteferings Warnung vor „Heuschrecken“, und schließlich die verbreitete



Forderung „keine weitere Privatisierung“. Die erste, bei PDS, WASG, Verdi und anderen verbreitete These, kollidiert augenfällig mit dem weltweiten Boom der Industrie, hält sich aber trotzdem hartnäckig. Das zweite Thema wird gerade von der großen Koalition reguliert durch neue Transparenzregeln für Beteiligungen an Aktienunternehmen, und die dritte These zeigt in ihrer Schlichtheit, dass hier ein seit Jahren erfolgloser Abwehrkampf weiter geführt werden soll, ohne dass dem ein klares Ziel für Gestaltung und Ausmaß öffentlicher Güter zugrunde liegt.

Die „Deutschland AG“ ist für Hanke ein eher national-liberales System der Abschottung, gehe zurück auf Bismarck und habe sich als Hindernis für Veränderung herausgestellt. Man muss das nicht teilen, aber der Autor hat Recht, wenn er bemerkt: „Die agilste Truppe

unter den für Deutschland neuen Anlegern sind die Finanzinvestoren“ (S. 43). Das Ergebnis: „Deutschland ist mittlerweile dem Wert nach der drittgrößte Private-Equity-Markt der Welt.“ (S. 44).

Hanke begrüßt das als Zeichen, „dass Elemente des angelsächsischen Kapitalismus in die soziale Marktwirtschaft eingebaut werden“ (S. 49) Unternehmen im Privatbesitz von Familien gehören für ihn der Vergangenheit an. Außerdem: „Dank der Finanzinvestoren finden deutsche Unternehmen eine neue Finanzierungsquelle“. Inzwischen seien acht der Dax-30-Unternehmen mehrheitlich in ausländischer Hand. Vier Jahre zuvor waren es erst drei. Der Besitz von Ausländern an den größten Dax-Unternehmen sei auf über 40 Prozent gestiegen. „Auch der Bestand an deutschen Direktinvestitionen im Ausland hat sich in den vergangenen Jahren sehr rasch erhöht, von 9,0 Prozent des Bruttoinlandprodukts in 1990 auf 30,8 Prozent im Jahr 2004. In absoluten Zahlen ist das ein Anstieg von 152 Milliarden Dollar auf 834 Milliarden Dollar.“ (S. 54). Das alles seien Zeichen einer erfolgreichen Globalisierung der deutschen Wirtschaft.

Weitere Themen Hankes sind die „New Economy“, die er etwas spöttisch abhandelt wegen ihrer in Boomzeiten verbreiteten These, sie werde alle Klassenschranken einreißen und ein Volk von Aktionären schaffen. Es folgen Kapitel zu der Welle von Privatisierungen von Unternehmen seit Anfang der 90er Jahre (Lufthansa, Post, Telekom, Bahn) und öffentlicher Leistungen und zur neuen Außenpolitik. „Nirgends hat Rot-Grün Deutschland so verändert wie in der Außenpolitik“, zitiert er die FAZ. Bedenken oder Kritik an der Militarisierung der deutschen Außenpolitik sucht man bei Hanke vergebens. Dass deutsche Interessen wieder am Hindukusch verteidigt werden, gefällt ihm offenbar.

Ein weiteres Thema Hankes ist das Vordringen von „Arbeitskraftunternehmern“. Gemeint sind Honorarverträge, Scheinselbständige, Praktikanten und andere prekäre Jobs, Teamarbeit als neue Arbeitsform und Zielvereinbarungen als neues Entlohnungssystem. Hier beschäftigt Hanke sich mit dem Soziologen Dieter Sauer und dessen Kritik an der „marktzentrierten Produktionsweise“, die zum Ende des „Normalarbeitsverhältnisses“ führe. Hanke hält das für überzeichnet. Für ihn ist die „neue Flexibilität“ ein Zeichen für Höchstleistungen der Beschäftigten. Deutschland sei „weiter ... als viele andere Länder und wesentlich weiter, als die Deutschen selbst es oft wahrhaben wollen.“ (S. 84). Mitbestimmung, Betriebsräte und Gewerkschaften werden dafür gelobt. Mag sein, möchte man sagen, schließlich zeigt ein Blick auf Exportstatistik, Dividenden

und Managergehälter, dass es den Unternehmen nicht schlecht geht. Was aber ist mit der damit verbundenen sozialen Polarisierung, was mit den Verlierern der „Flexibilisierung“?

Am Ende bekennt sich Hanke zu einer „neuen Bürgergesellschaft“ als Alternative zu Obrigkeitstaat und Sozialstaat. Auch Schröder habe der SPD bei Vorlage seiner Agenda 2010 die „Bürgergesellschaft“ als neues programmatisches Ziel vorschlagen wollen, berichtet er, sei aber bedauerlicherweise zurückgewichen. Warum die SPD zögert, deutet der Autor an, als er das Milieu der „Bürgergesellschaft“ beschreibt: „Hohes Bildungsniveau, ein gutes Einkommen, enge Kirchenbindung, ein großer Freundes- und Bekanntenkreis sowie eine erhöhte Haushaltsgröße: Diese Aspekte sind ... typisch für Menschen mit starkem freiwilligen Engagement.“ (S. 175).

Und wer all das nicht ist oder hat? Für den hat das Konzept der „Bürgergesellschaft“ in der gesellschaftlichen Praxis nur Ignoranz, Missachtung sozialer Not, den Ausschluss aus der Politik und, wenn das nicht reicht, Repression zur Hand. Diese blinden Flecke spart sich Hanke. Kampf der Kulturen, die Deutschtümelei und Fremdenfeindlichkeit gerade auch in den „besseren Kreisen“, der Ausschluss eines Zehntels der Bevölkerung von elementaren Grundrechten wie dem Wahlrecht – all das kommt bei ihm nicht vor.

Trotzdem: Ein lohnenswertes Buch, weil es Entwicklungen der letzten Jahre beschreibt, mit denen sich Linke befassen und zu denen sie eigene, kritische Positionen formulieren müssen. *rül*

Thomas Hanke, *Der neue deutsche Kapitalismus, Republik im Wandel*, Campus Verlag Frankfurt/New York, 2006, 230 Seiten, 19,90 Euro.

Vom Geschäft zum Krieg

Strategien der deutschen Montanindustrie vor und im Ersten Weltkrieg

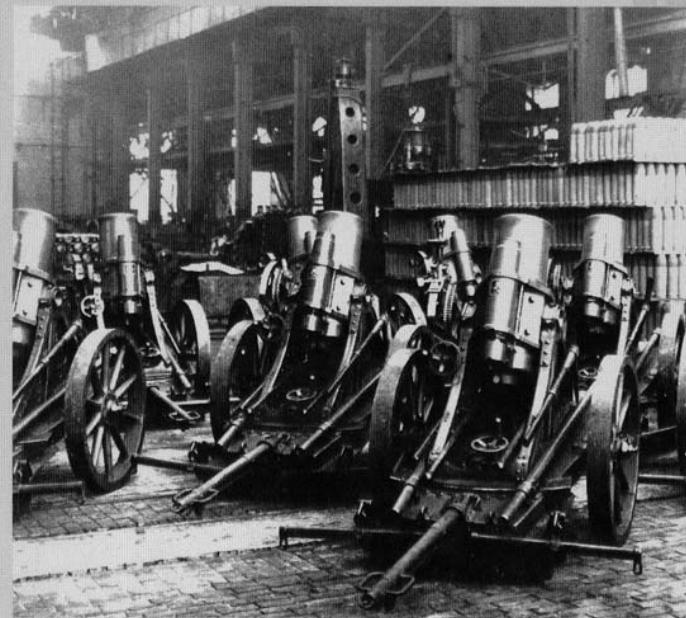
Der „Arbeitskreis für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte“ (AKKU) der Ruhr-Universität Bochum hat ein neues lesewertes Buch zur Geschichte der deutschen Montanindustrie herausgegeben.

„Von der Friedens- zur Kriegswirtschaft“ lautet der Titel der Untersuchung, Untertitel: „Unternehmensstrategien der deutschen Eisen- und Stahlindustrie vom Kaiserreich bis zum Ende des Ersten Weltkriegs“. Verfasser ist die Historikerin Stefanie van de Kerkhof.

Stefanie van de Kerkhof

Von der Friedens- zur Kriegswirtschaft

**Unternehmensstrategien der deutschen
Eisen- und Stahlindustrie vom Kaiserreich
bis zum Ende des Ersten Weltkrieges**



**Bochumer Schriften
zur Unternehmens- und
Industriegeschichte Bd. 15**

Klartext

Sie will mit ihrem Werk auch einen Beitrag zur „politischen Ökonomie von Kriegen“ leisten, einem, wie sie gleich zu Beginn bemerkt, in der modernen Wirtschaftswissenschaft eher vernachlässigten Thema. „In einer Phase neuerlich aufflammender kriegerischer Konflikte, die nicht nur Politik und Gesellschaft, sondern auch das labile Gefüge der Weltwirtschaft beeinflussen, scheint eine empirische Untersuchung von Unternehmen in Kriegswirtschaften angebrachter denn je zu sein“, stellt sie fest. Wohl wahr.

Schon mit dem Titel macht die Autorin dabei deutlich, dass sie gegenüber Theorien, die „Sachzwänge“ oder „Marktzwänge“ oder staatliche Zwänge als Erklärung für unternehmerisches Handeln heranziehen, eher skeptisch eingestellt ist. Gegenüber solchen, von Firmen gerne zur Rechtfertigung dunkler Kapitel ihrer Unternehmensgeschichte herangezogenen Theorien betont sie, „dass es Handlungsspielräume gab, die für diese wichtige Branche noch näher zu untersuchen sein werden“ (S.

13). Sie zitiert dazu auch den Ökonomen Christian Kleinschmidt, der ebenfalls betont, dass „Entscheidungs- und Aktionspielräume vorhanden und die Unternehmen nicht durch ‚Marktzwänge‘ in ihren Handlungen deterministisch gebunden seien.“ Außerdem gebe es oft „keine modell-ökonomisch vollkommene Konkurrenz auf Märkten, da sonst kein strategisches Handeln notwendig sei.“ (S. 17) Damit wahrt sie eine angenehm kritische Distanz zu den solchen „Marktzwänge“ betonenden Management-Theorien etwa eines Helmut Schelsky und zu apologetischen Geschichtsdarstellungen, die noch heute verbreiten, die Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie seien in den Ersten Weltkrieg mehr oder weniger „hineingeschlittert“. Distanz wahrt sie allerdings auch zu marxistischen Untersuchungen über die deutsche Montanindustrie. „Ausgegangen wird in der gesamten Arbeit eher vom wirkungsmächtigen Handeln individueller und organisierter Akteure als von determinierenden gesellschaftlichen und sozia-

len Strukturen. Angelehnt sind diese Überlegungen an die „akteursorientierte Systemtheorie und die Spieltheorie“, schreibt sie im Vorwort (S. 40).

In Anlehnung an moderne Unternehmensstrategien beschreibt und analysiert sie zunächst die Marktsituation der Eisen- und Stahlindustrie im Kaiserreich und die Unternehmensstrategien während dieser Zeit bis hin zum Kriegsbeginn. Schwerpunkt sind dabei Wachstumsstrategien am Beispiel des Krupp-Konzerns und des schlesischen Konzerns der Henckel von Donnersmarck. Beschrieben werden ihre Internationalisierungsstrategien und Strategien des sog. „friedlichen Eindringens“ in fremde Märkte, ihre Kartellierungs- und Marktordnungsversuche. Dabei wird deutlich, dass das – auch im internationalen Kontext – überdurchschnittliche Wachstum der deutschen Eisen- und Stahlindustrie im Kaiserreich über lange Zeit auf erheblichen Innovationsanstrengungen und -erfolgen beruhte. Stichworte dafür sind u.a. die Entwicklung des Siemens-Martin-Verfahrens zur Stahlgewinnung, später von Elektrostahl und Nirostastahl.

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs aber war die Eisen- und Stahlindustrie nach Ansicht der Verfasserin bereits eine „reife“ Industrie, mit sinkenden Wachstumsraten und entsprechend starken



Versuchen, die Renditen der Unternehmen durch Marktabsprache, Marktbewerbung und Kartellbildung hoch zu halten.

In der zweiten Hälfte des Buches untersucht die Verfasserin die „Unternehmensstrategien in der Kriegswirtschaft“. Auffällig ist dabei das – auch von Autoren wie Fritz Fischer oder marxistischen Autoren – bereits festgestellte starke Engagement von Unternehmen aus der Eisen- und Stahlbranche wie Thyssen, Krupp von Bohlen und Halbach, Stumm, Röchling usw. als „große Beutemacher“, ihr massives Eintreten für weit gefasste territoriale Erwerbsziele ebenso wie die damit verbundenen völkischen und antisemitischen Positionen dieser Unternehmer.

Nach vier Strategiebereichen gegliedert untersucht Stefanie van de Kerkhof hier die „Wachstumsstrategien“, die „Beschaffungsstrategien“, die „Absatzstrategien“ und die Marktordnungs-

strategien – sprich die Versuche zur Kartellbildung. Der enorme Anstieg von Preisen und Renditen im Krieg, die Umstellung der gesamten Produktion auf Rüstung, Raub und Eroberung werden ebenso akribisch und faktenreich dokumentiert wie die Rekrutierung von Zwangsarbeit für die Eisen- und Stahlindustrie.

Schon in ihrem Vorwort weist die Verfasserin auf interessante Parallelen und Bezüge zwischen militärischem und unternehmerischem Denken und Handeln hin.

„Der in den 50er Jahren an wissenschaftlicher Popularität gewinnende Ansatz des Strategischen Managements orientiert sich ... teils unbewusst am militärtheoretischen Strategiebegriff von Clausewitz und bezog Impulse nicht nur aus der Industrieökonomik und der behavioristischen Rational choice-Theorie, sondern auch aus der militärisch relevanten Spieltheorie. Außerdem scheint das im 19. Jahrhundert boomende strategische Denken des Militärs sich auch auf Denkweisen und Handeln von Unternehmern und Ökonomen ausgewirkt zu haben ...“

Dafür liefert das Buch eine Fülle von zusätzlichen Anhaltspunkten. Das allein macht das Buch lesenswert.

Lesenswert ist es aber auch unter anderen Gesichtspunkten. Wer etwa eine Übersicht über Entstehung und Inhalte moderner Unternehmens- und Managementstrategien sucht, findet dazu im Abschnitt „Theoretische Konzepte und eigener Ansatz“ eine Fülle von Hinweisen und Anregungen. Schon allein diese Skizzierung – von John von Neumann und Oskar Morgenstern und ihrer „Spieltheorie“, entstanden u.a. auf Grund ihrer Erfahrungen im „Manhattan Project“ in Los Alamos zur Entwicklung der US-Atombombe, über die Theorien von McKinsey, der Boston Consulting Group und anderer US-Unternehmensberater – macht das Buch zu einem Gewinn. Mit Beklemmung erfahren Leser, dass sich das Bild von Unternehmen als ständig im Kriegszustand mit anderen Unternehmen befindlichen Akteuren auch durch die modernen Unternehmens- und Managementstrategien wie ein roter Faden hindurch zieht.

Der Abstand zwischen „Innovation“ und „Krieg“ ist geringer, als manche glauben. Diese – nicht nur in den Begrifflichkeiten, im strategischen Denken und im Vokabular erkennbare – gefährliche Nähe von Unternehmen und Krieg, von Unternehmern und Militärs, erneut deutlich gemacht zu haben, ist vielleicht das wichtigste Verdienst dieser Publikation. *rül*

Stefanie van de Kerkhof, Von der Frieden zur Kriegswirtschaft, Unternehmensstrategien der deutschen Eisen- und Stahlindustrie vom Kaiserreich bis zum Ersten Welt-

krieg, Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte Bd. 15, Klar-
text Verlag, Essen, Januar 2006, 480 Seiten, 33 Euro, ISBN 3-89861-516-2

„Mister UNO“

Rezension von Franz-Karl Hitze

Der Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e.V. gibt seit über einem Jahr eine Schriftenreihe zur internationalen Politik heraus. Jetzt ist das Heft 8 „Zur Mitgliedschaft der beiden deutschen Staaten in der UNO“ erschienen. Autor ist Dr. Bernhard Neugebauer, der im wahrsten Sinne des Wortes von der ersten bis zur letzten Stunde die Mitgliedschaft der DDR in der UNO begleitet und mitgestaltet hat. Deshalb wurde er in der DDR-Diplomatie auch als „Mister UNO“ bekannt.

In Vorträgen Artikeln und Interviews hat Neugebauer auch nach der Wende immer offen, kritisch, aber authentisch zu dem Thema Stellung genommen. Er sprach oder schrieb über „Gemeinsamkeiten und Differenzen in der VN-Politik der beiden deutschen Staaten“, „Zur Gründung der Vereinten Nationen und zur deutsch-deutschen Mitgliedschaft“, zur „Multilateralen Hilfe der DDR“ und gibt am Ende des Heftes eine Übersicht über Mitgliedschaften und Funktionen der DDR in internationalen Organisationen. Zur Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die UNO 1973 wertete der USA-Vertreter Scali diesen Schritt, als einen großen symbolischen Akt. „Der erfahrene Diplomat“, so schreibt Siegfried Bock in seinem Vorwort, „... sah also die Vereinten Nationen ihrem Ziel der Universalität näher gebracht.“

Dem Heft gingen eine Reihe anderer Arbeiten voraus, wie das Heft 2 von Dr. Hans-Georg Schleicher „Der Süden Afrikas: Befreiungskampf und Globalisierungsdruck“, das Heft 3 von Dr. Heinz-Dieter Winter „Konfliktregion Naher und Mittlerer Osten“ oder das Heft 5 von Heinz Langer „Zur Entwicklung Kubas in jüngster Zeit“. Empfehlenswert ist das Heft 7 von Arne C. Seifert, der eine eher amüsante Arbeit vorgelegt hat: „Hinter vorgehaltener Hand. Kurioses aus der DDR-Diplomatie“ Seifert hat von 34 Kollegen 80 kurze (manchmal auch etwas zu lange) Episoden gesammelt, die recht unterhaltsam zu lesen sind.

Alle diese Hefte sind über den Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e.V. Wilhelmstraße 50, 10117 Berlin oder über e-Mail: VorstandVIP@aol.com, zum Gestehtungspreis von 3 Euro + Porto zu beziehen. Wer mehr über den sehr aktiven Verband erfahren will gehe ins Internet: www.vip-ev.de

Neuer Ort für die Sommerschule

Die diesjährige Sommerschule vom 3. bis 6. August findet in Thüringens Landeshauptstadt Erfurt statt. In der Jugendherberge „Hochheimer Straße“ tagen wir, in der „JH Klingensteinstraße“ übernachten wir. Beide liegen nur etwa 3 Minuten Fußweg auseinander. Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingensteinstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705.

Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 5 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg. Autofahrer nehmen die Abfahrt Erfurt-West, nehmen die B4 bis zum Stadtring, biegen links in die Schillerstraße (B7) und achten dann auf die Auschilderung JH.

Die Kosten für Ü/F betragen 21,50 Euro pro Person, ein warmes Mittag-/Abendessen kostet 4,70 Euro, ein kaltes Abendessen 4 Euro.

Da wir als Gruppe gemeldet sind (günstigere Tarife), müssen wir bis Mitte Juli die genaue Anzahl von Teilnehmer melden.

Bitte meldet euch deshalb rechtzeitig und verbindlich bis zum 14. Juli an bei

GNN-Verlag Hamburg, Christiane Schneider,
Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21,
eMail: gnn-hhsh@hansenet.de

Die Themen der Kurse werden wir im Mai veröffentlichen.

22. bis 26. Mai, Berlin: 18. Ordentlicher Bundeskongress des DGB: „Die Würde des Menschen ist unser Maßstab“.

24. Mai, Saarbrücken: 96. Deutscher Katholikentag. Motto: „Gerechtigkeit vor Gottes Angesicht“.

3. Juni 2006, Berlin: Bundesweite Demonstration „Schluss mit den ‚Reformen‘ gegen uns!“ Es rufen auf verschiedene Sozialinitiativen und politische Gruppen. Aufruf und nähere Infos: www.protest2006.de.

17. Juni, Berlin: Linkspartei. PDS: Beratung der Landesvorsitzenden.

3. bis 6. August, Erfurt: Linke Sommerschule mit den Kursen Wirtschaft, Philosophie und Geschichte.

22. August, Berlin: CDU-Grundsatzkongress

1./2. September, Rostock: Ostseefriedenskonferenz.

1. bis 3. September, Berlin: Zukunftskongress der Grünen zur programmatischen Neuorientierung. Thesenpapier dazu: www.gruenerzukunftskongress.de

9. September, Zabeltitz (bei Risa): Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei.PDS.

10. bis 15. September, Bayern: Papst Benedikt XVI. zu Besuch in Bayern.

7. Oktober, Berlin: Linkspartei.PDS: Beratung der Landesvorsitzenden.

4. November, Hannover: Bundestreffen der AG Betrieb & Gewerkschaft der Linkspartei.PDS.

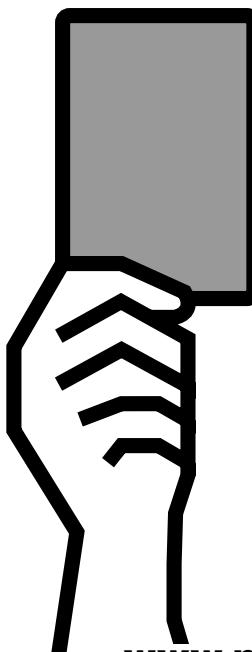
27./28. November, Dresden: CDU-Parteitag, Wahl Vorstand.

Schluss mit den „Reformen“ gegen uns!

Bundesweite Demonstration

3. Juni 2006 • 13:00 Uhr

**Berlin Alexanderplatz
(Karl-Liebknecht-Str.)**



www.protest2006.de

Aufruftext, Plakate, MitfahrerInnenbörse, UnterstützerInnen-Liste, Termine der Vorbereitungstreffen: www.protest2006.de
Spendenkonto: Laura von Wimmersberg, Berliner Sparkasse, Konto: 6 010 219 181, BLZ: 100 500 00, Stichwort: 03.06.06-Demo
Kontakt und ViSdP: Martin Behrsing, 53117 Bonn, Infotelefon: (02 28) 2 49 55 94, info@protest2006.de
Diese Demonstration wird organisiert vom Vorbereitungsplenum für die bundesweite Demonstration am 3. Juni 2006

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2006	Sept.	Niedersachsen	Kommunal	10.9.	5 Jahre
	Sept.	Meck.-Pomm.	Landtag	17.9.	4 Jahre
	Sept.	Berlin	Land/Kom.	17.9.	5 Jahre
2007	Frühj.	Bremen	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Bremerhaven	Kommunal		4 Jahre
2008	Frühj.	Hamburg	Land/Kom.		4 Jahre
	Frühj.	Hessen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Niedersachsen	Landtag		5 Jahre
	Frühj.	Bayern	Kommunal		6 Jahre
	Frühj.	Schleswig-Holstein	Kommunal		5 Jahre
Herbst	Bayern		Landtag		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre

Quellen: www.bundeswahleiter.de, Landeswahleiter